

Grußwort des Ministerpräsidenten Uwe Barschel



Seit nunmehr 30 Jahren bewähren sich die Bonn-Kopenhagener Erklärungen, mit denen die Bundesrepublik Deutschland und das Königreich Dänemark am 29. März 1955 gemeinsam und gegenseitig die Rechte der beiden nationalen Minderheiten jeweils in ihrem Staat auf eine feste Grundlage stellten.

Mit dieser großen moralischen und politischen Leistung vor 30 Jahren wurde nicht allein eine neue Ära im Grenzland eingeleitet, sondern in den deutsch-dänischen Beziehungen konnte nach Jahrzehnten der Spannungen und nach den Erschütterungen des zweiten Weltkrieges ein neuer Anfang gesetzt werden. Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen wurden grenzlandpolitisch bedeutsam. Sie führten aber auch zu Ausgleich und Verständigung zwischen Deutschland und Dänemark.

Diese Tatsache fand in diesem Jahr ihren Niederschlag in der von mir angeregten deutsch-dänischen Gemeinschaftsausgabe der Sonderbriefmarke zum Jahrestag der Erklärungen. Sie macht symbolisch die eheliche Partnerschaft zwischen beiden Ländern deutlich, ohne die Grenze zu verwischen.

Zwischen Minderheiten und Mehrheiten besteht heute auf beiden Seiten das Verhältnis, das man mit den Erklärungen anstrebt. Die Worte »Grenzland« und »Minderheit« sind keine Symbole anachronistischer Vorstellungen. Sie gehören vielmehr zur kontinuierlichen Entwicklung ohne Skepsis oder Voreingenommenheit.

Der im schleswischen Grenzland beispielhaft verwirklichte Minderheitenschutz zeigt, daß er in Grundsatz kaum erweitert werden kann. Selbstverständlich gibt es bei beiden Minderheiten in Einzelfragen noch Wünsche. Aber über diese Vorstellungen können wir miteinander reden. Die in den vergangenen drei Jahrzehnten gewachsene Harmonie im Grenzland soll erhalten bleiben und nicht durch das Aufrechnen vermeintlicher kleiner Benachteiligungen beeinträchtigt werden.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung ist in ihrer zukunftsbezogenen Politik stets zu einem offenem Meinungsaustausch, wie er auch in der Vergangenheit geführt wurde, bereit, wenn er zur Weiterentwicklung bestehender Regelungen als notwendig oder wünschenswert erachtet wird.

Wir wollen das Gespräch und den friedlichen kulturellen Wettbewerb im Grenzland fruchtbar gestalten im gegenseitigen Respekt, in der Toleranz und in dem Bemühen um anhaltende Verständigung — nicht nur zwischen Minderheiten und Mehrheiten im Grenzland — sondern zwischen unseren Völkern und Staaten.

Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen gelten uns auch heute als Maßstab und Verpflichtung für die Zukunft.

Uwe Barschel

Ministerpräsident
des Landes Schleswig-Holstein

Von 1920 bis heute haben sich die Verhältnisse im deutsch-dänischen Grenzland stark gewandelt. Von den nationalen Gegensätzen in den zwanziger und dreißiger Jahren — verschärft durch die Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen im zweiten Weltkrieg — sind wir über die Loyalitätserklärung der deutschen Volksgruppe im Jahre 1945 und die Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen aus dem Jahre 1955 zu einer weitgehenden Entspannung im Grenzland gekommen. Diese Entwicklung war kein isolierter Vorgang in unserem Grenzland, sondern Teil des Gesamtspektrums der deutsch-dänischen Beziehungen, die sich vor allem durch die gemeinsame Nato-Mitgliedschaft seit 1954 entscheidend normalisiert haben und die eine weitere positive Perspektive durch die gemeinsamen EG-Mitgliedschaft seit 1972 erhalten haben.

Am 29. März dieses Jahres jährt sich zum 30. Mal der Tag, an dem die Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen von Staatsminister H. C. Hansen und Bundeskanzler Konrad Adenauer in Bonn unterzeichnet wurden mit dem Ziel, für die Minderheiten angemessene Rahmenbedingungen für ihre Entfaltung und ihre Arbeit sowie die Voraussetzungen für eine Befriedung des Grenzlandes zu schaffen.

In einer rückblickenden Bilanz muß sich feststellen, daß diese Ziele weitgehend erreicht worden sind. Wichtigster Bestandteil der Minderheiten-Erklärungen ist die Feststellung, daß das Bekenntnis zum Volkstum und zur Kultur des Muttervolkes frei ist und von Amts wegen nicht bestritten oder nachgewiesen werden darf.

Wichtig ist auch, daß es sich um gleichlautende, gegenseitige Erklärungen des Königreiches Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland für die jeweiligen Minderheiten handelt, denn gerade in der Gegenseitigkeit liegt die politische Verbindlichkeit der Erklärungen.

Das wichtigste konkrete Ergebnis für die deutsche Volksgruppe war, daß als Folge der Minderheitenerklärungen von 1955 das bis dahin geltende Verbot, an deutschen Schulen

in Nordschleswig staatlich anerkannte Prüfungen abzugeben, aufgehoben wurde.

Es konnten daraufhin in Hadersleben, Apenrade, Sonderburg, Tondern und Tingleff deutsche Mittel- oder Realschulen mit vollem Examenrecht eingerichtet werden. In der weiteren Entwicklung konnte das Deutsche Gymnasium in Apenrade im Jahre 1959 seine Unterrichtstätigkeit wieder aufnehmen und 1962 die ersten Abiturienten verabschieden.

Eine von der deutschen Volksgruppe erhoffte und angestrebte Befreiung der Volksgruppe von den Nachwirkungen der dänischen Strafbgesetzezeit erfolgte nicht in Verbindung mit den Minderheitenerklärungen, da man von dänischer Seite nicht dazu gewillt war.

Es war aber von sehr großer Bedeutung für die Volksgruppe, daß zeitlich gleichlaufend und in Verbindung mit den Bonn-Kopenhagener Gesprächen geklärt und gesichert werden konnte, daß die Bestimmungen der Bundesversorgungsgesetzgebung ab 1. April 1955 auch zugunsten der Kriegssopfer aus den Kreisen der deutschen Volksgruppe angewandt werden konnten.

Darüber hinaus haben die Minderheitenerklärungen si-

Frage: Herr Staatsminister, 1955 wurden die Bonn-Kopenhagener Erklärungen unterzeichnet, welche Bedeutung hatten sie denn damals über die Minderheitenpolitik hinaus?

Antwort: Die Kopenhagener Erklärungen wurden zu einem Zeitpunkt unterzeichnet, zu dem die Situation in Europa in vielen Beziehungen eine andere als die heutige war. Die umfassende Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg, die heute für uns etwas Selbstverständliches ist, steckte noch in ihren Anfängen. Sicher hatten sich nur die wenigsten vorgestellt, daß wir Zeugen des Aufbaus eines so feinmaschigen Netzes von Kontakten auf allen Gebieten werden würden. In dieser Perspektive gesehen, waren die Erklärungen Ausdruck von Weitblick und der Erwartungen, die wir auf die künftige Entwicklung setzten. Der Aufbau eines gegenseitigen dänisch-deutschen Vertrauens wurde der ausschlaggebende Faktor.

Es handelte sich um zwei Erklärungen: eine dänische und eine deutsche. Sie sind jedoch Ausdruck eines gemeinsamen Wunsches nach Herstellung einer guten und stabilen Grundlage für eine positive Entwicklung der beiden Minderheiten. Und gleichzeitig wurde in den Erklärungen festgestellt, daß das Bekenntnis zur deutschen oder zur dänischen Volkszugehörigkeit jedem einzelnen überlassen ist. Das finde ich sehr sehr wichtig; mit anderen Worten: Minderheit ist, wer will. Man kann sich darüber freuen, daß die Haltung, die in den Erklärungen zum Ausdruck kommt, ein natürlicher Teil des

Alltags im Grenzland geworden ist.

Frage: Wenn wir nun zum Heute kommen — Sie sprachen es eben an —, ist das ein natürlicher Bestandteil geworden. Wie würden Sie es heute einschätzen vor dem Hintergrund auch der Europäischen Gemeinschaft?

Antwort: Im Laufe der seit der Unterzeichnung der Kopenhagener Erklärungen

vergangenen 30 Jahre haben wir ein Entwicklung beobachten können, die vielleicht am besten mit dem Ausdruck »Kontinuität« im Geiste des Fortschritts beschrieben werden kann. Hierzu hat zweifellos die positive Entwicklung der dänisch-deutschen Beziehungen, deren Zeuge wir wurden, beigetragen. Dies gilt nicht nur den Minderheitsfragen, sondern auch der inten-

siven und engen Zusammenarbeit, die zwischen unseren beiden Ländern sowohl auf bilateraler Ebene als auch in der internationalen Arena stattfindet.

Frage: Man spricht nun immer vom friedlichen Zusammenleben im Grenzland, vom friedlichen Zusammenleben zwischen Deutschland und Dänemark und von einem Beispiel, das bei uns im Grenzland geschaffen wurde. Trotzdem sprechen beide Volksgruppen immer noch davon, daß die Bonn-Kopenhagener Erklärungen nicht voll ausgeschöpft sind, es werden da immer wieder Stichwörter wie das Bibliothekswesen auf der Seite der deutschen Minderheit und die Unterstützung der Schulen in der dänischen Minderheit angesprochen.

Antwort: Es gibt natürlich noch wirkliche Probleme und deswegen auch genug zu tun. Ich möchte sagen, daß wir es hoffentlich nie erleben, daß beide Minderheiten 100 Prozent völlig zufrieden werden. Auf der dänischen Seite wissen wir natürlich auch, daß die deutsche Minderheit Wünsche hat, die noch nicht völlig erfüllt sind. Mit diesen Problemen müssen wir dann arbeiten. Aber ich bin überzeugt, daß die alten Erklärungen von 1955 auch heute ihre Lebensfähigkeit als Kurbel der Bestrebungen beweisen werden, und ich hoffe, daß das gute Klima im Grenzland erhalten bleibt und daß der dänischen und der deutschen Minderheit Glück und weiterer Fortschritt in der Arbeit zum Nutzen der Minderheiten des Landesteiles und unserer beiden Länder beschieden sein möge.



STAATSMINISTER POUL SCHLÜTER

Ihr Buchstabe und Geist müssen immer wieder in die praktische Politik einfließen

Die Bedeutung der Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen
für die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig

Von Gerhard Schmidt, Hauptvorsitzender des Bundes deutscher Nordschleswiger

cherlich auch einen positiven psychologischen Effekt auf die Angehörigen der Volksgruppe gehabt. Man konnte sich nunmehr frei und ungehindert zur Volksgruppe bekennen, was manchem das Bekenntnis sicherlich erleichtert hat.

In der weiteren Entwicklung haben Staat und Mehrheitsbevölkerung sich im großen und ganzen nach den Grundsätzen der Minderheitenerklärungen gerichtet, was zu einer weiteren Entspannung und zu einer durchweg positiven Entwicklung in unseren Grenzland geführt hat; und ich stelle mit Genugtuung fest, daß auch die deutschen Volksgruppe durch ihr Verhalten und ihre Politik entscheidend zu dieser positiven Entwicklung beigetragen hat.

Zur positiven Bilanz gehört, daß wir als deutsche Volksgruppe heute die Freiheit haben, uns kulturell so zu entfalten, wie wir es wünschen.

Das gilt vor allem für den wesentlichen Bereich der deutschen Schularbeit, die nach den für alle im Lande geltenden Richtlinien vom Staat finanziell gefördert wird und wo das Unterrichtsministerium in Kopenhagen stets bemüht ist, der besonderen Situation der deut-



BdN-HAUPTVORSITZENDER
GERHARD SCHMIDT

schen Schulen in Nordschleswig Rechnung zu tragen.

Zur positiven Bilanz gehört auch die Schaffung des Kopenhagener Kontaktausschusses nach dem Verlust des Folketingsmandates der Schleswischen Partei 1964 und das nach Verhandlungen zwischen Vertretern der Volksgruppe und Staatsminister Poul Schlüter 1983 von der dänischen Regierung eingerichtete Sekretariat der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen.

Letzteres Beispiel zeigt, daß der Staat einen berechtigten Bedarf der Volksgruppe anerkannt und ihr über das neue Sekretariat den täglichen Kontakt zu Folketing und Regierung ermöglicht hat. Das ist eine Lösung, die voll und ganz dem Geist der Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen entspricht.

Andererseits gibt es aber auch Punkte, die nicht mit dem Geist der Bonn-Kopenhagener Erklärungen in Einklang zu bringen sind.

Gleichberechtigung noch nicht erreicht

Es gibt hinsichtlich der gesetzlichen und finanziellen

Grußwort des Landtagspräsidenten Rudolf Titzck



Das 30jährige Bestehen der Bonn-Kopenhagener Erklärungen gibt mir Veranlassung zu der Feststellung, daß sich Toleranz und Liberalität als Grundsätze politischen Handelns im deutsch-dänischen Grenzland durchgesetzt haben.

Die Situation der Minderheiten diesseits und jenseits der deutsch-dänischen Grenze hat sich normalisiert. Das Leben der Menschen im deutsch-dänischen Grenzraum ist durch den freiheitlichen Ansatz der Bonn-Kopenhagener Erklärungen um vieles leichter geworden. Dabei ist es den Minderheiten gelungen, bei Wahrung ihrer volklichen Identität auch die der Mehrheitsbevölkerung zu respektieren. Die Minderheiten haben es verstanden, als loyale Staatsbürger gleichzeitig ihrem Volkstum eng verbunden zu bleiben, zu dem sie sich bekennen.

Die Minderheiten erfüllen im Geiste der Bonn-Kopenhagener Erklärungen eine Brückenfunktion, wie auch Schleswig-Holstein durch seine geographische Lage als Brücken- und Durchgangsland eng mit dem skandinavischen Raum verbunden ist.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag betreibt seit Jahren eine aktive Mittlerrolle zwischen Mitteleuropa und dem Norden. Er dient damit auch den Interessen der Minderheiten, die in der Mitte Europas als Vertreter zweier Kulturen wirken, die sich einander problemlos, fruchtbar und hilfreich begegnen.

Ich bin davon überzeugt, daß die Bonn-Kopenhagener Erklärungen auch in Zukunft Grundlage für ein friedliches Miteinander im Grenzland sein werden.

Rudolf Titzck

Präsident
des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Rahmenbedingungen für die Arbeit der deutschen Volksgruppe auch heute noch Be-

reiche, in denen die volle kulturelle und soziale Gleichberechtigung noch nicht erreicht worden ist. Das gilt z. B. für den Büchereisektor, wo es bisher nicht gelungen ist, das deutsche Büchereiwesen gleichberechtigt mit den dänischen Büchereien an der Verteilung der öffentlichen Finanzmittel zu beteiligen. Auch im Sektor Kindergärten und Freizeiteinrichtungen gibt es mit der finanziellen Gleichberechtigung noch immer Probleme, indem es immer noch einige deutsche Kindergärten gibt, die keine kommunale Übereinkunft haben und damit keine kommunalen Zuschüsse bekommen.

Im sozialen Bereich gibt es auch noch einen Nachholbedarf, da die Kommunen in Nordschleswig nur in sehr geringem Umfang bereit sind, soziale Maßnahmen der deutschen Volksgruppe zu unterstützen. In diesen Bereichen wird sich die deutsche Volksgruppe weiterhin mit Nachdruck für die volle Gleichberechtigung ihrer Arbeit einsetzen und ich erwarte von der dänischen Seite, daß man uns hier im Geiste der Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen entgegenkommt.

Versuchsprojekt »Freikommunen« für Gleichberechtigung nutzen

Einen Ansatzpunkt zur Lösung noch offener Probleme sehe ich in dem Versuchsprojekt »Freikommunen«. Von dieser Versuchsordnung sind das Amt Nordschleswig und einige nordschleswische Kommunen umfaßt.

Im Rahmen dieser Versuchsordnung wird den Kommunen

Generell scheint es etwas leichter zu sein, auf staatlicher und auf amtskommunaler Ebene, also auf überregionaler Ebene, Verständnis für die Volksgruppenanliegen zu finden als auf der kommunalen Ebene, wobei es allerdings große Unterschiede von Kommune zu Kommune gibt. Auf dieser Ebene müssen wir noch weiterkommen.

Politiker sollten die Erklärung lesen . . .

Es hätte sicher mehr als nur symbolischen Wert, wenn alle Politiker und alle Beamten und Angestellten der Verwaltungen und Behörden in Nordschleswig die Minderheitenerklärungen im Jubiläumsjahr einmal durchlesen würden.

Es besteht nach wie vor der Bedarf, daß Buchstabe und Geist der Minderheitenerklärungen immer wieder in die praktische Politik einfließen, um veränderten Herausforderungen zu begegnen, um neu auftauchende Probleme zu lösen und um mögliche neue Spannungen meistern zu können. Dabei sollte auch der Grundsatz beachtet werden, daß in gewissen Fällen eine volle Gleichberechtigung der Minderheit nur durch Sonderregelungen erreicht werden kann.

In einigen Bereichen eine größere Eigenverantwortung übertragen; und ich hoffe, daß dies angesichts des Jubiläums der Bonn-Kopenhagener Erklärungen auch dazu genutzt wird, einen Schritt weiter zu kommen in Richtung volle Gleichberechtigung unserer Volksgruppe.

Zum Danken besteht kein Grund: »Nein, ich will radfahren!«

»NORDSCHLESWIGER«-Interview mit Redakteur Sigfred Jespersen, Apenrade, Lehrer Hans Christian Kier, Tondern, Schulrat i. R. Arthur Lessow, Apenrade, und Lehrerin und PJN-Vorsitzende Birgit Möck, Hadersleben,

über die Bedeutung der Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 und ihre Auswirkungen auf die Situation der Minder- und Mehrheiten im Grenzland, über erfüllte und unerfüllte Minderheitenforderungen vor 30 Jahren, über Gesinnungsschnüffelei gegen die deutsche Volksgruppe am Beispiel Tondern, über dänische Visionen einer Grenze an der schleswig-holsteinischen Eider, über eine nicht erhältliche Loyalitätserklärung und antideutsche Vorurteile, über die Pflichtverweigerung vieler Kommunen gegenüber den Minderheiten und über eine ständige Weiterarbeit im Geiste der Minderheitenerklärungen

»Der Nordschleswiger«: Wenn man sich den Text der Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen des Jahres 1955 anschaut, sieht das ja alles ganz gut aus — oder?

Sigfred Jespersen: Ja.

Birgit Möck: Ja ...

Arthur Lessow: Ja.

Hans Christian Kier: Als ich den Text der Erklärungen vor wenigen Tagen las — ich habe sie vorher eigentlich nie so richtig vor mir gesehen, immer nur von ihnen gehört —, fand ich nicht, daß sie etwas besonderes sind — aus der heutigen Sicht. Aber aus der damaligen ...

Lessow: Jetzt hätte ich beinahe Lust zu fragen: Wie alt waren Sie 1955?

Kier: Drei Jahre.

Lessow: Da erinnern Sie sich aus der damaligen Sicht an nichts; wir Älteren merken ja — trotz allem — doch den Fortschritt, der mit diesen Abmachungen gekommen ist. Ich war besonders davon betroffen. Ich wurde 1956 Schulrat und stand vor dieser Aufgabe, diese Möglichkeit, die wir hatten, nämlich deutsche Examenschulen in Nordschleswig einzurichten ...

»Der Nordschleswiger«: ... und damit einen Teil der Erklärungen in die Praxis umzusetzen ...

Lessow: ... in die Praxis umzusetzen! Das war in den ersten Jahren meine Hauptaufgabe.

Jespersen: Es ist bemerkenswert, daß die beiden konkreten Dinge, um die es ging, nirgendwo erwähnt sind: Examenschulen und Examenrecht sowie die Fünf-Prozent-Sperrklausel im schleswig-holsteinischen Landeswahlgesetz. Vielleicht steht in den Erklärungen gar nicht einmal das Wichtigste. Aber sie lösen damals Augenblicksprobleme und bewirkten etwas, was beide Staaten brauchten: Daß sich

Wortlaut und Geist der Erklärungen durch Taten erfüllen würden. Das war wohl ein gemeinsames Interesse.

Lessow: Das ist sicher richtig. Wobei man sich aus heutiger Sicht die Frage stellen könnte — damals war sie für uns gar nicht gegeben: Hat die deutsche Minderheit im Vergleich zur dänischen Minderheit genug erhalten? Für die dänische Minderheit fiel die Sperrklausel; das war für uns damals kein Problem, wir hatten ja unseren Folketingsabgeordneten.

»Der Nordschleswiger«: Hat die deutsche Volksgruppe selbst damals genug gefordert? Die Aufhebung der dänischen Zwei-Prozent-Sperrklausel ist offenbar nicht angesprochen worden. In der Tingleffer Erklärung des Bundes deutscher Nordschleswiger ist von ihr jedenfalls nicht die Rede.

Lessow: Von Seiten der deutschen Minderheit ist das damals nicht gefordert worden.

Jespersen: Auch die Beseitigung der Folgewirkungen der dänischen Rechtsabrechnung wurde von dänischer Seite abgelehnt, wohl mit Recht, weil sich dieses nicht für eine derartige Erklärung eignete.

Lessow: Ein Einwand: Ich glaube doch, daß wir nach Errichtung des Kontaktausschusses für Angelegenheiten der deutschen Minderheit bei der dänischen Regierung — die erst 1964 auf ein Angebot von Jens Otto Krag hin erfolgte, nachdem das deutsch-nordschleswische Folketingsmandat nicht wieder gewonnen worden war — eine Lösung in der Pensionsfrage vieler deutscher Nordschleswiger gefunden haben, die früher bei staatlichen und kommunalen Einrichtungen beschäftigt gewesen waren. Sie alle hatten ihre Pensionsrechte wegen — wie hieß das so schön? — »unnationalen Auftretens« verloren. Ein Urteil eines ordentlichen Gerichts war

nicht einmal notwendig; es genügte ein Urteil eines Disziplinargerichts, eines »Tjenestemandsdømstol«.

Jespersen: Dieses Thema eignete sich kaum für die Minderheitenerklärungen, ausgezeichnet aber für die Arbeit des Kontaktausschusses.

Lessow: Genau. Man war von dänischer Seite bereit, eine sog. Resozialisierung durchzuführen. Es handelte sich meist um kleine Beamte — Postboten, Portiere, Schaffner. Sie haben damals ihre Pension wiederbekommen.

»Der Nordschleswiger«: Diese Pensionswiederbewilligungen sind sicher eine Folge der langsam fortschreitenden Klimaänderungen nach 1955 infolge dieser beiden Erklärungen, ...

Lessow: ... die hierdurch in Gang gesetzt wurden. Und darin sehe ich vor allem auch heute noch den Wert dieser Erklärungen.

Jespersen: Man kann sich wundern, daß die deutsche Minderheit keine Wahlrechtsforderungen gestellt hat. Andererseits hat 1955 in der Minderheit — es war ihr gerade gegliückt, wieder ins Folketing zu gelangen — niemand vorgeschlagen, daß es 1964 schiefgehen könnte. Und schließlich können die beiden — dänische und schleswig-holsteinische — Sperrklauseln nicht miteinander gleichgesetzt werden, was man in der deutschen Minderheit wohl nicht gern hört.

Die Wahlgesetze in beiden Ländern haben zwar gleiche Grundprinzipien, sind aber doch unterschiedlich. Das hat Lektor Jørgen Elkjær, Århus, später ja auch festgestellt. Das dänische relativierte Verhältniswahlrecht St. Lague, ein modifiziertes d'Hondt'sches Höchstzahlverfahren, das aufgrund seiner Berücksichtigung auch der Dezimalzahlen hinter dem Komma prinzipiell und sehr theoretisch der deutschen Minderheit auch ein Mandat nur für einen Teil der sonst er-

forderlichen Stimmzahlen hätte bringen können, würde bei einer Aufhebung der Sperrklausel nicht aufrechterhalten werden können. Dann wäre man zum Übergang in Richtung d'Hondt'sches System, das man in Schleswig-Holstein hat, gezwungen, und ein Mandat würde mehr Stimmen kosten.

Lessow: Auch aus heutiger Sicht ist interessant, daß die dänische Minderheit ein Entgegenkommen auf politischem Gebiet, die deutsche Minderheit eines im kulturellen Bereich erzielte.

Jespersen: Im Landesteil Schleswig hatten damals die neuen Landeskabinette Bartmann, Lübke und von Hassel ihre Politik gegenüber der dänischen Minderheit ernstlich verschärft. Die Schulzuschüsse waren von 80 auf 50 Prozent herabgesetzt worden. Und eine Änderung des Landeswahlrechtes 1951 brachte eine Erhöhung der Sperrklausel von fünf auf 7,5 Prozent.

»Der Nordschleswiger«: Und bei der Wahl 1954 verlor der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) seine Mandate im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Das Bundesverfassungsgericht sprach sich gegen die 7,5-Prozent-Sperrklausel aus, hielt aber an fünf Prozent fest.

Lessow: Später erreichte der SSW nicht einmal zwei Prozent; seine Stimmzahl im Landesteil Schleswig sank auf 1,9 Prozent.

»Der Nordschleswiger«: Die Wahlgesetze beider Länder sind von unterschiedlicher Art und kaum miteinander vergleichbar. Dennoch hat die dänische Seite 1954 — in der Presse besonders lautstark — kritisiert, daß die deutsche Minderheit mit nur 9.734 Stimmen im Folketing vertreten war, während die dänische Minderheit mit 42.242 Stimmen kein Landtagsmandat erreicht hatte. Hier liegt dänischerseits ein Vergleich zweier

verschiedener Wahlrechte vor. Das angeführte Argument gegen einen Vergleich — von welcher Seite auch immer — erscheint somit nicht stichhaltig.

Jespersen: Bei einem Vergleich muß man sagen: Eine Minderheit hat Anspruch auf ein Mandat, wenn sie dafür genügend Stimmen aufbringt. Das ist der Kern der Sache in beiden Ländern.

»Der Nordschleswiger«: In den Minderheitenerklärungen sind Dinge genannt, die man — zumindest in einem freiheitlichen demokratischen Staat — eigentlich als selbstverständlich ansieht. Dennoch war es 1955 offensichtlich notwendig, diese Dinge in zwei einseitig abgegebenen innenpolitischen, aber durch Protokoll miteinander verbundenen Erklärungen festzuschreiben. Sind alle Punkte der Erklärungen erfüllt worden?

Möck: Der Text ist recht allgemein gehalten. Ich habe zwar diese Zeit nicht miterlebt — ich bin 1956 geboren —, und wir können die Situation vor den Erklärungen nicht nachempfinden. Daher müssen wir die Dinge vom heutigen Standpunkt aus betrachten: Die deutschen Kindergärten sind noch immer nicht überall von den Kommunen anerkannt; es handelt sich um die deutschen Kindergärten Uk, Jeising, Wilsbek, Brocker, Mölby und Osterhoist. Das klingt nicht unbedingt nach dem Geist der Minderheitenerklärungen —

... Kindergärten können von der deutschen Minderheit gemäß dem in Dänemark geltenden Grundsatz der Unterrichtsfreiheit nach Maßgabe der Gesetze errichtet werden ... — zumal das Argument, es seien nicht genug Kinder vorhanden, allenfalls nur auf Uk und Mölby zutrifft. Als der deutsche Kindergarten in Abel geschlossen wurde, wurde gleichzeitig ein dänischer errichtet. Es entspricht nicht dem Geist der Minderheitenerklärungen, den Kindergärten die

Anerkennung zu verweigern, wenn genügend Kinder da sind.

Kier: Ich stimme im Prinzip zu. Wenn die Kommunen sich bei einem Kindergarten Abel mit nur fünf, sechs deutschen Kindern eine Unterstützung reichlich überlegt, kann ich das zwar einsehen; aber dort, wo die Zahlen wirklich groß sind, müssen sie ganz einfach anerkannt werden.

»Der Nordschleswiger«: Im Fall des Deutschen Kindergartens Jeising herrscht der Eindruck vor, daß man seitens der Kommune Tondern »mauert«.

Kier: Bei 17 Kindern!

Jespersen: Dem stimme ich zu — mit einem kleinen Vorbehalt: Im Sozialgesetz (»Bistandslov«) gibt es Unsicherheiten, wieviel Kinder zur Anerkennung eines Kindergartens gefordert sind; das wird den Kommunen zur Beurteilung überlassen. Selbstverständlich und ohne die erforderlichen Zahlen zur Eröffnung eines dänischen Kindergartens zu berücksichtigen, müßte man eine Anerkennung (»Overenskomst«) aussprechen. Natürlich müssen die Kommunen abwägen, ob die Unterstützung weiterer Kindergärten angemessen ist. Sie müßten sich gegenüber der Minderheit aber großzügig zeigen. Einige Kommunen haben eine unangemessen negative Haltung gezeigt ...

»Der Nordschleswiger«: Welche?

Jespersen: Ich denke an Tondern. Mit Abel haben Sie vielleicht Recht, Christian Kier, daß es dort nicht genügend deutsche Kinder gegeben hat.

Aber — wer besitzt das Recht zu überprüfen, ob die Eltern der Kinder Deutsche sind? Nicht der Tönderner Stadtrat! Eigentlich auch nicht der Deutsche Schul- und Sprachverein. Es wäre am sinnvollsten gewesen, das Problem zu lösen, indem er sich auf einer Elternversammlung nach den Wünschen der Eltern erkundigt und ihnen die Entscheidung überlassen hätte. Der Tönderner Stadtrat darf nicht bestimmen, wer Deutscher und wer Däne in der Kommune Tondern ist!

Möck: Der deutsche Kindergarten in Abel bestand ja, während ein dänischer erst gegründet werden mußte. Es war ja nicht die Frage, ob in Abel ein Kindergarten überhaupt errichtet werden mußte. Man muß von den Gegebenheiten ausgehen: Die Kinder fühlten sich wohl, auch mit den Erzieherinnen, die sie hatten.

Die Frage »Ist es nun deutsch, ist es nun dänisch?« ist Gesinnungsschnüffelei!!!

»Der Nordschleswiger«: Es bleibt festzuhalten, daß damit gegen Geist und Wortlaut der Bonn-Kopenhagener Erklärungen verstoßen worden ist. In der Erklärung der dänischen Regierung über die Rechte der deutschen Minderheit heißt es ausdrücklich (II, 1): »Das Bekenntnis zum deutschen Volkstum ist frei und darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.«

Jespersen: Von Schnüffelei kann sicherlich nicht die Rede sein.

Lessow: Das ist vielleicht etwas ... Wollen wir Überprüfung sagen ...

»Der Nordschleswiger«: In jedem Fall ein gravierender Verstoß gegen die Minderheitenerklärungen!

Jespersen: Wir müssen festhalten, daß man nicht hätte sagen dürfen, es gäbe in Abel keine deutschen Kinder.

Lessow: Es ist ja interessant, daß wir hier die Kindergartenfrage angeschnitten haben ...

»Der Nordschleswiger«: ... die die dänische Seite, die nordschleswigschen Kommunen, sich nach 30 Jahren noch immer nicht hat aufrufen können zu lösen!

Lessow: Schon in den Protokollen der ersten Sitzungen des Kopenhagener Kontaktausschusses spielten die Kindergarten- und die Bibliotheksfrage eine große Rolle. Diese Fragen sind beide noch immer nicht — jedenfalls nicht hundertprozentig! — gelöst. Als wir damals Unterstützung für unsere deutschen Kindergärten forderten, wandte die dänische Seite ein, die deutsche Minderheit sei mit ihren Kindergärten viel weitergekommen als sie.

Ich machte daraufhin auf die (damals) elf dänischen und nur vier deutschen Kindergärten in Flensburg aufmerksam. Was man dazu meine ...

Eine andere Sache, die damals die Schulen betraf: Ein deutscher Staatsbürger — und das hat etwas zu tun mit dieser Schnüffelei ... Gesinnungsüberprüfung —, der die dänische Staatsbürgerschaft beantragte, mußte ein Formular unterschreiben, in dem die Frage stand: Besuchen Ihre Kinder eine dänische Schule? Das hat natürlich viele aus Deutschland kommende Leute zurückgehalten, weil sie das wollten und es sich herumsprach.

Daß man daran interessiert ist, daß kommende dänische Staatsbürger auch in dänischer Sprache und dänischer Kultur auch unterrichtet werden, ist ohne weiteres verständlich. Wir haben es damals, 1964/65, doch fertiggebracht, daß der Unterrichtsminister deutsche Schulen dänischen Schulen in Nordschleswig in dieser Sache gleichgestellt hat. Sie erfüllten die Frage im Formular, weil sie den Kindern auch dänischen Unterricht erteilen und sie auch in die dänische Kultur einführen.

»Der Nordschleswiger«: Entfiel diese Frage im Einbürgerungsformular daraufhin?

Lessow: Ja. Das wurde vor etwa 20 Jahren durchgeführt.

»Der Nordschleswiger«: Oder — erst zehn Jahre nach Abgabe der Bonn-Kopenhagener Erklärungen.

Jespersen: Ich bin sicher, daß diejenigen Instanzen in Kopenhagen, die die Frage formulierten, überhaupt nicht an die deutsche Minderheit gedacht haben.

Lessow: Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß dieses für die Leute ein Hindernis war, ihre Kinder in deutsche Schulen zu schicken.

Jespersen: Was die Büchereifrage betrifft: Natürlich kann die Entlehnung eines deutschen Buches an ein Mitglied der deutschen Minderheit den dänischen Staat und die dänischen Kommunen ganz genau soviel Kronen und Öre kosten wie die Entlehnung eines Buches an einen Dänen in einer dänischen Bibliothek. Es ist ei-

ne Frage der Angemessenheit, daß man sich dieses dasselbe leisten läßt. Aber das Problem erhebt sich beiden Ländern: Wie weit ist das Verständnis für den Inhalt der Bonn-Kopenhagener Erklärungen durchgedrungen? Nicht besonders weit bis zu den Kommunen. Die dänische Minderheit hat es da noch viel größere Probleme. Sie erhält stellenweise nur öffentliche Zuschüsse von zehn bis 15 Prozent. Die deutsche Minderheit erhält hier trotz fehlender öffentlicher Vereinbarungen 50 Prozent. Bei den Folketingspolitikern sind die letzten Ressentiments verschwunden.

»Der Nordschleswiger«: Hoffentlich erzählen sie das ihren Kollegen in den Ämtern und Kommunen!

Jespersen: Es ist schwer, mit den Minderheitenerklärungen bis in die Kommunen vorzudringen. An vielen Stellen sitzen tüchtige Kommunalpolitiker, die überaus viel von kommunalen Angelegenheiten verstehen — aber einfach gar nichts von der deutschen Minderheit. Umgekehrt in Schleswig-Holstein: Die guten Intentionen der schleswig-holsteinischen Landesregierung dringen einfach nicht bis in die Gemeinden durch. Und das ist die interessante Frage: Wieweit ist der Geist von 1955 überhaupt bis an die Basis gelangt?

Andererseits haben mich auch deutsche Politiker gefragt, warum der dänische Landtagsabgeordnete Karl Otto Meyer keine Dankbarkeit zeigen will. Man verlangt seinerzeit in genau solcher Weise eine Loyalitätserklärung von der dänischen Minderheit. Gerade weil man dies verlangt, erhält man es nicht.

Lessow: Und was verlangt man von der deutschen Minderheit? Einen Kniefall — wir, die bösen Verbrecher ...

Jespersen: Das hat man 1945 von der deutschen Minderheit ja eigentlich nicht verlangt.

Lessow: Doch!

Jespersen: Es war für die deutsche Minderheit notwendig, eine politische Basis zu finden, indem man 1945 die Loyalitätserklärung abgab. Für viele war sie ein Lippenbekenntnis; inzwischen ist sie eine Art Glaubensbekenntnis geworden.

Lessow: Dann ist es ja auch gut!

Jespersen: Und es gehörte vor den Bonn-Kopenhagener Erklärungen mit zum Spiel, daß man von der dänischen Minderheit eine Loyalitätserklärung verlangte. Man erhält sie auf Verlangen ebenso wenig wie man von Karl Otto Meyer große Dankesausdrücke erwarten kann, wenn die CDU-Seite sie von ihm fordert.

»Der Nordschleswiger«: Die Tatsache, daß die dänische Minderheit bis heute keine Loyalitätserklärung abgegeben hat, kann auf schleswig-holsteinischer, deutscher Seite möglicherweise zu einer Verunsicherung führen. Wer die Geschichte des Landes nach 1945 kennt, weiß genau, daß die deutsch-dänische Grenze zeitweise bedroht gewesen ist. Aus diesem Grunde wird man eine Loyalitätserklärung von der dänischen Minderheit gewünscht haben. Wenn die dänische Minderheit diese Loyalitätserklärung nicht abgeben

Deutsche Minderheit wünschte eigene Examenschulen und Aufhebung der Sondergesetze

Empfehlungen der außerordentlichen Delegiertenversammlung des Bundes deutscher Nordschleswiger in Tingleff am 26. Februar 1955 (sog. Tingleffer Empfehlungen)

1. Grundsatzklärung:

Empfohlen wird eine Erklärung für beide Minderheiten im Sinne einer Festlegung der Grundsätze, so wie sie etwa in der Kieler Erklärung, die noch zu überarbeiten wäre, enthalten sind. Die Kieler Erklärung würde demnach für die dänische Minderheit auf die Ebene Bonn verlagert und durch eine entsprechende Kopenhagener Erklärung für die deutsche Minderheit ergänzt. Dabei ist ein formeller Vertrag denkbar, aber nicht unbedingt erforderlich, weil z. B. auch sich entsprechende Grundsatzklärungen, gegebenenfalls in Verbindung mit einem Notenwechsel, ausreichend sein könnten.

2. Deutsch-dänischer Ausschuß:

Empfohlen wird die Schaffung eines deutsch-dänischen Gremiums, bestehend aus Vertretern der beteiligten Staaten und der Minderheiten, zur Klärung von Fragen, die das Leben der Minderheiten sowie die Stellung der einzelnen Minderheitenangehörigen betreffen bzw. beeinflussen. Das Gremium müßte die Möglichkeit haben, Vorschläge an die beteiligten Regierungen zu leiten.

3. Examenrecht:

Empfohlen wird die unbeschränkte Einräumung des Rechts auf Examenschulen für die Minderheiten unter den Bedingungen wie sie bis 1945 in Nordschleswig gegeben waren.

4. Abwicklung von Nachkriegsfragen:

Der Bund deutscher Nordschleswiger ist der Auffassung, daß eine Befreiung von den Nachwirkungen der Sondergesetzgebung des Jahres 1945 durch entsprechende dänische Maßnahmen ganz entscheidend für eine Befriedung und positive Entwicklung im Grenzland ist. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Wünsche hin, die von dem deutschen Abgeordneten im Folketing in seiner Programmrede vom 15. Oktober 1953 und in seiner Rede aus Anlaß der Debatte über den Schlußbericht der Parlamentarischen Kommission am 17. Februar 1955 der dänischen Regierung und dem Folketing vorgelegt worden sind.



IM »NORDSCHLESWIGER«-INTERVIEW: Redakteur Sigfred Jespersen (62), »Radio Syd«, Apenrade, Lehrerin und Vorsitzende des Politischen Jugendforums

Nordschleswig (PJN) Birgit Möck (28), Hadersleben, Lehrer Hans Christian Kier (33), Tondern, Schulrat i. R. Arthur Lessow (73), Apenrade (v. l. n. r.)

hat und vielleicht auch nicht abgeben kann, Sprecher dänischer Grenzorganisationen aber über die Eidergrenze reden und bewußt die Hoffnung an sie wachhalten, können dann nicht einige Zweifel aufkommen?

Lessow: Wir könnten ja auch über »Slesvigland« diskutieren.

Jespersen: Keine der beiden Minderheiten hat genügend Kräfte, um eine Grenze verlegen zu können. Andererseits hat jeder innerhalb der deutschen Minderheit das Recht — und das liegt eigentlich auch im Geist der Bonn-Kopenhagener Erklärungen — zu meinen, daß die Grenze nach Norden verschoben werden sollte. Ob das klug wäre, steht auf einem anderen Blatt. Ebenso kann man fragen, ob es klug ist, was gewisse Leute in der dänischen Minderheit dazu sagen. Es wäre das Klügste, diese Reden einzulassen.

Es ist aber ein demokratisches Recht, eine Grenze zu verschieben wollen, wenn das mit demokratischen Mitteln tut.

Kier: Man sollte seine Kräfte lieber dazu einsetzen, aus den vage gehaltenen Erklärungen das Beste zu machen, seine Forderungen zu stellen und neue Dinge in der Politik durchzusetzen, anstatt seine Kräfte für etwas Unrealistisches und völlig Unsinniges zu verbrauchen.

Jespersen: Das will ich auch niemandem empfehlen.

Lessow: Die Loyalitätserklärung des Bundes deutscher Nordschleswiger ist sicher zum großen Teil aus rein taktisch-politischen Erwägungen entstanden. Es war damals für die Minderheit eine Notwendigkeit, zumal ja immer noch die Gefahr einer Umsiedlung bestand. Inwieweit das wirklich eine Gefahr war, ist heute natürlich schwer zu beurteilen.

Es ist nicht das Entscheidende, ob sich 1945 die Minderheit hundertprozentig hinter diese Erklärung stellte, sondern daß ein Kreis von Leuten den Mut hatte, diese Erklärung abzugeben. Entscheidend ist vielmehr, daß sich später die ganz große Mehrheit der deutschen Minderheit dieser Erklärung angeschlossen hat. Ist es nicht für eine Minderheit heute entscheidend — ich will's mal ganz groß sagen —, daß sie sich mit als staatsverhaltende und -mittragende Kraft in dem Staat, in dem sie wohnt, fühlt und auch ihre Arbeit darauf einstellt? Wäre es nicht für die dänische Minderheit — ich will nicht in die Politik der dänischen Minderheit einmischen, aber von anderer Seite wird ja auch bei uns mitgemischt — und ihre Arbeit ein Vorteil, sich auch ...

Jespersen: Das hat Karl Otto Meyer formuliert — nicht gerade staatsverhaltende Kraft, aber: Wir gehören zur schleswig-holsteinischen Bevölkerung. Das ist auf eine andere Weise gesagt, und es ist realistische Politik. Alles andere ist Romantik.

»Der Nordschleswiger«: Das gleiche sagen der Bund deutscher Nordschleswiger und die Schleswigsche Partei.

Jespersen: Ich glaube nicht, daß es da bei den Minderheiten Unterschiede gibt. Der Unterschied liegt vielmehr darin, daß fast immer unmöglich ist, von jemandem Erklärungen zu erzwingen.

Lessow: Das ist richtig. — Als wir kürzlich zum dreijährigen Geburtstag meiner Enkeltochter waren — wir hatten ihr ein Kinderfahrrad mitgebracht —, sagte ihre Mutter: Maiken, nun mußt du aber auch danke sagen. Und da sagte sie: Nein, ich will radfahren.

(Heiterkeit ...)

Lessow: Es geht also um ein erwünschtes Dankesagen, wenn man ganz andere Interessen hat ...

Mörck: Für mich ist es unbegreiflich, daß die Loyalitätserklärung heute noch so hervorgehoben und in Reden immer wieder, immer wieder auf sie hingewiesen wird, anstatt sie als etwas Selbstverständliches anzunehmen. Ich glaube, daß viele Jüngere meinen, es sei überflüssig, auf sie hinzuweisen. Denn wir zeigen in unserem täglichen Leben, daß wir dazugehören. Und wer dazugehört, bejaht auch den Staat, in dem er lebt. Etwas anderes wäre unnähe.

In der obersten politischen Etage ist das Klima besser geworden — ein gutes Klima, glaube ich. Aber wie sieht es an der Basis, in der Bevölkerung aus?

Es gibt viele, die gar nichts von einer deutschen Minderheit wissen; das gilt auch für viele Schüler oberer Klassen dänischer Schulen. Und dann kommt häufig die Frage: Warum gibt es euch eigentlich; das ist doch schon so lange her ... Ihr müßt doch eigentlich, 65 Jahre nach der Abstimmung von 1920, so voll integriert sein, daß ihr euch als Dänen fühlt.

Da ist das Verständnis für die deutsche Volksgruppe — und ihre Berechtigung — viel zu wenig entwickelt! Hier müßte man ansetzen, auch seitens der deutschen Volksgruppe. Vielleicht kapseln wir uns zu sehr ab. Wir müßten nach außen hin stärker zeigen, wer wir eigentlich sind — auch jeder persönlich im Gespräch — und keine Angst haben zu sagen: Ich bin deutscher Nordschleswiger.

Lessow: Das angesprochene Von-oben-nach-unten bei den Politikern — unten, auf kommunaler Ebene fehlt es noch — gilt auch, da haben Sie völlig recht, für die Bevölkerung. Ihre Einstellung zu uns ist auch eine soziale Frage; das ist eine Erfahrung, die ich immer wieder mache. In einer gewissen Bevölkerungsschicht herrschen Vorurteile. Je weiter man nach »unten« geht, um so schärfer wird es.

»Der Nordschleswiger«: ... und aggressiver ...

Lessow: Ja, Kier: Ja.

Lessow: Die andere Frage, warum wir immer wieder die Loyalitätserklärung betonen müssen: Loyalität ist für die Jüngeren eine Selbstverständlichkeit. Wir Älteren sind aber noch unter ganz anderen Zielen aufgewachsen — Johannes Schmidt-Wodder damals: »Wir hoffen auf den Tag einer neuen Entscheidung« —, die nachher im Krieg usw. untergingen.

In den Inhalt der Loyalitätserklärung mußte man in der älteren Generation gewissermaßen erst hineinwachsen. Wenn sie heute noch betont wird ... — ja, ich weiß nicht, ob unsere Loyalität von dänischer Seite überhaupt noch angezweifelt wird. Es gibt ja immer Ausnahmen ...

Die deutsche Volksgruppe ist heute so niedrig klein geworden, daß sie keine Gefahr mehr darstellt. Dort, wo wir mit unseren Wahlzählern bei fünf, sechs Prozent liegen — ach, da ist es ja ganz nett und interessant, so eine kleine Minderheit zu haben. Aber wehe, wenn wir an 20 oder 25 Prozent — so wie in Tingleff — herangehen: Dann wird die Stimmung auch in der Kommune und bei den Kommunalpolitikern ganz anders!

Jespersen: Das ist gerade der Unterschied zwischen Nordschleswig und dem Landesteil Schleswig. Ein mangelndes Verständnis der Basis gegenüber der dänischen Minderheit kennt man auch südlich der Grenze — aber man kennt dort kaum in demselben Umfang Vorurteile gegenüber der anderen Nation, so wie wir es hier in Dänemark kennen. Damit werden wir wohl noch eine Reihe von Jahren leben müssen.

Nördlich der Grenze sitzt noch so vieles im Volk — das kann man nicht einfach ausschalten, nur weil die Politiker Signale austauschen.

Es sind in Dänemark verbliebene Dinge in Richtung einer Klimaverbesserung geschehen. Hätte man sich vor zehn Jahren denken können, daß der dänische Grenzverein — wie jetzt — wiederholte Male voll und ganz die Forderungen der deutschen Minderheit im Bibliotheks- und Kindergartenbereich unterstützt? Vor zehn Jahren nicht vorstellbar, ist das heute eine Tatsache. Auch auf diese Weise gelangt ein Bewußtsein für die Minderheit in die Bevölkerung.

Lessow: Ganz verschwunden ist das ja noch nicht, was wir so als die kleinen Deutschen bezeichnen. Ab und zu taucht er ja auch in den Zeitungen auf. Natürlich nicht im »Nordschleswiger«, aber ich lese außerdem ...

Ein Beispiel: Eine Teilnehmerin aus der dänischen Minderheit erklärte kürzlich nach einer Tagung in der Akademie Sankelmark: Für mich war es das Schönste, daß während der ganzen Tagung kein abfälliges Wort über Dänemark fiel. Antwort des Akademiedirektors: Da können Sie zu jeder Tagung nach Sankelmark kommen; hier fällt kein abfälliges Wort

über Dänemark. — Welche Rückschlüsse soll man daraus ziehen: Ist es anders auf dänischer Seite?

»Der Nordschleswiger«: Ein anderes, trauriges Beispiel: Ein etwa 18jähriger junger Mann aus dem Bereich Bau/Krusau, der nach Apenrade zur Schule fuhr, sagte im Linienbus: Nur ein toter Deutscher ist ein guter Deutscher. Seine Schulkameraden widersprachen ihm nicht — vielleicht ein kleines Anzeichen dafür, daß doch gewisse Vorurteile auch unter Jugendlichen weiterleben. Vermittelt durch Freunde, Schule, Elternhaus?

Jespersen: Auch unter der Presse gibt es Zeitungen, die gern Ressentiments gegen Deutschland pflegen. Das muß ich einräumen. Wir sind gezwungen, damit zu leben.

Lessow: Ja, wir leben ja auch ...

Jespersen: Das läßt sich nur ändern, indem die Zuständigen auch die andere Seite zeigen.

Mörck: Die Ressentiments sind weniger geworden. 1963/64 habe ich in der alten deutschen Schule in Gravenstein erlebt, wie die Kinder des benachbarten dänischen Kindergartens an der Grundstücksmauer hochklettern und »Tyskersvine« (Deuschenschweine) riefen. Wir stiegen von der anderen Seite hinauf und schrien »Danskervine« zurück. So etwas rührt von Einflüssen aus dem Elternhaus oder der »Pädagogen« her — man kann's nie genau wissen. Von selbst kommen die Kinder ja nicht darauf, so etwas zu sagen.

Obwohl — erst kürzlich hat ein Mädchen aus meiner achten Klasse in Hadersleben andere Schülerinnen getroffen, die sie fragten, welche Schule sie besuche. Als sie die deutsche Schule nannte, erhielt sie zur Antwort: Dann wollen wir gar nicht mehr mit dir reden! Woraufhin die anderen beiden Mädchen kehrmachten und sie stehen ließen.

Aber sicher ist es in den vergangenen 20 Jahren besser geworden ...

Jespersen: Ich habe gehört, daß dänische Schüler in Apenrade deutschen Schülern »Nazischwein« hinterherriefen. Das tut weh — auch mir.

»Der Nordschleswiger«: In welche Richtungen müßten nach all diesen Erfahrungen der letzten Jahre die Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen in der Praxis, im Alltagsleben inhaltlich weiterentwickelt werden?

Jespersen: Für neue Minderheitenerklärungen findet sich keine Grundlage, solange es keine wirklich drängenden Probleme gibt, über die man miteinander verhandeln muß. Ich weiß, daß der frühere deutsche-nordschleswigsche Folketingsabgeordnete Jes Schmidt sich einige Male dafür stark gemacht hat und daß Landtagspräsident Kurt Hamer vor einigen Jahren eine Ergänzung andeute hat. Ich glaube nicht, daß eine politische Grundlage für ein erneutes Zusammentreffen am Verhandlungstisch vorhanden ist. Man könnte allerdings einiges spezifizieren.

»Der Nordschleswiger«: Woran denken Sie?

Jespersen: Die Kommunen zu verpflichten, den Intentionen des Staates zu folgen; und das müßte für beide Seiten der Grenze gelten. Aber dazu wird man die Politiker nicht bringen können. Man kann daher nur hoffen, daß der gute Geist aus den oberen Politikerkreisen in die Kommunen weht. Die vorhandenen Probleme lassen sich ohne neue Erklärungen lösen.

Kier: Man sollte auf der Basis der Erklärungen weiterarbeiten, wohl aber neue Forderungen aufstellen und sie auf dem normalen gesetzlichen Weg durch Kommunalvertreter oder durch Anträge an die Kommune zu verwirklichen versuchen, wie es uns das Grundgesetz zusichert.

Lessow: Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen bilden den Rahmen; und es ist Aufgabe der Minderheiten und der Staaten und ihrer Politiker, diesen Rahmen richtig auszufüllen. Prinzipiell müßte aber die Frage zur Diskussion gestellt werden, ob man einer Minderheit wirklich gerecht wird, indem man sie mit der Mehrheit gleichstellt. Die gesetzliche Bestimmung, daß es in jeder Kommune nur eine Bibliothek geben darf, ist natürlich für das übrige Dänemark eine ausgezeichnete Lösung, aber dadurch wird man Nordschleswig und der deut-

schen Volksgruppe nicht gerecht. Auf gewissen Gebieten — auch im Schulwesen übri-

gen — ist es notwendig, den Minderheiten eine Sonderstellung einzuräumen.

»Der Nordschleswiger«: Eine Art Privileg?

Lessow: Das wäre eine prinzipielle Änderung.

Jespersen: Man kann das sicherlich auch erreichen, ohne die Bonn-Kopenhagener Erklärungen zu verändern. Die dänischen Schulen erhalten 100 Prozent der Kosten öffentlicher Schulen als schleswig-holsteinische Landeszuschüsse; und alle wissen, daß diese 100 Prozent Landesmittel in der Praxis nur 55 Prozent der Kosten der dänischen Minderheitenschulen decken. Man könnte ja darüber hinaus berücksichtigen, daß die Minderheitenschulen nun einmal klein sind. In vielen Fällen ist eine Sonderstellung der Minderheiten angebracht, um eine Gleichberechtigung zu erreichen.

Lessow: Um bei den Schulen zu bleiben: Die Zweisprachigkeit verlangt natürlich mehr, und sie kostet auch Geld, jedenfalls Lehrerstunden.

Mörck: Bei den staatlichen Mittelkürzungen für Privatschulen ist für die deutschen Schulen eine Sonderregelung notwendig. Es ist schließlich etwas anderes, eine deutsche Privatschule zu sein, als beispielsweise eine christliche Freischule. Bei den einen handelt es sich um eine Nationalitäts- und Kulturfürge, bei den anderen um eine Einstellungsfrage zum Lernen an sich.

»Der Nordschleswiger«: Eine pädagogische Frage?

Mörck: ... und eine Frage der Lerninhalte.

Von dänischer Seite könnte man außerdem die deutsche Kulturarbeit mehr unterstützen. Das ist zwar geschehen; zum Deutschen Tag 1984 kam ein Scheck als Zuschuß zur Aufführung des Württembergischen Staatstheaters in Apenrade — aber sonst erfährt die Volksgruppe, zum Beispiel im Theaterbereich, nicht viel finanzielle Unterstützung. Wenn ich mir anschau, wer zu deutschen Theaterveranstaltungen in Hadersleben erscheint, stelle ich fest, daß mindestens die Hälfte der Zuschauer nicht zur deutschen Volksgruppe gehört. Wenn die dänischen Bewohner Haderslebens das Angebot in Anspruch nehmen ...

»Der Nordschleswiger«: ... wozu sie herzlich eingeladen sind ...

Mörck: ... natürlich, es ist doch nur schön, wenn so viele wie möglich kommen, um sich eine Theaterveranstaltung anzuschauen.

Wenn das Angebot gemacht werden soll oder es vorhanden ist, dann mit finanzieller Unterstützung der dänischen Seite!

Jespersen: Da sind wir einig.

Lessow: Mehr kann man ja nicht sagen ...

»Der Nordschleswiger«: Deutsche Politiker sprechen über das deutsch-dänische Grenzland häufig von einem »Modellfall«.

Jespersen: Ist es das?

Lessow: Wenn ein Modell alle Wünsche und Bedingungen hundertprozentig erfüllen soll — und das soll es ja wohl —, dann ist es das bestimmt nicht. Und dann werden wir es auch kaum erreichen.

Kier: Das wäre für uns selber auch schlimm, glaube ich.

Jespersen: In ganz Europa finden sich wohl kaum nationale Minderheiten, die entsprechende Strukturen und Probleme haben wie die unsrigen — eben weil sie keine geschlossenen Enklaven in einem anderen Land darstellen. Man kann sie nicht mit anderen vergleichen, nicht einmal mit den Südtirolern, die in ihrem eigenen Land eine Mehrheit bilden und daher ganz andere Forderungen stellen.

In der deutschen Minderheit gibt es wohl keinen, der besonderen Wert darauf legt, Deutsch zu sprechen, wenn er mit einem dänischen Polizeibeamten zu tun hat. Und umgekehrt geht es bei der dänischen Minderheit in der Sprache der Mehrheit aus: Ich glaube nicht, daß die Minderheiten ein besonderes Bedürfnis verspüren, ihre Zweisprachigkeit auf eine solche Weise zu demonstrieren.

Ich glaube also: kein Modellfall, weil es keine entsprechenden Verhältnisse in anderen Gebieten mit einer nationalen Minderheit in Europa gibt.

Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom März 1955

Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 29. März 1955
Ergebnisse der deutsch-dänischen Besprechungen

Das Auswärtige Amt gibt bekannt:

Die deutsch-dänischen Besprechungen über die Rechte der Beiderseitigen Minderheiten haben zu folgenden Ergebnissen geführt:

I.

1. Die Bundesregierung legt dem Bundestag die beigefügte Erklärung über die allgemeinen Rechte der dänischen Minderheit zur Billigung vor.

2. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß die im Bundeswahlgesetz vom 8. 7. 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 470) in § 9 Abs. 5 zu Gunsten der nationalen Minderheiten getroffene Regelung in das künftige Bundeswahlrecht übernommen wird.

3. Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat die Bundesregierung davon unterrichtet, daß sie bereit ist:

a) darauf hinzuwirken, daß der Schleswig-Holsteinische Landtag eine Ausnahmebestimmung von der 5%-Klausel in § 3 des Schleswig-Holsteinischen Landeswahlgesetzes zu Gunsten der dänischen Minderheit baldmöglichst beschließt;

b) die Zuschüsse für die Schulen der dänischen Minderheit in Zukunft wieder auf 80% der laufenden persönlichen und sachlichen Aufwendungen für Schüler der öffentlichen Volksschulen im Lande Schleswig-Holstein zu bemessen;

c) gemäß Ziffer XI des Erlasses des Landesministers für Volksbildung vom 7. 3. 1950 über die Regelung des Schul-

wesens der dänischen Minderheit auf Antrag die Errichtung von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen der dänischen Minderheit mit der Möglichkeit anerkannter Examina unter der Voraussetzung der Angleichung dieser Schulen an das deutsche Schulwesen zu gewähren.

4. Die Bundesregierung gibt im Einvernehmen mit der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung der Erwartung Ausdruck, daß alle beteiligten Stellen sich bemühen werden, die Rechte der Minderheit im Geiste der in Ziffer I genannten Erklärung zu achten und zu wahren.

II.

1. Die Dänische Regierung legt dem Folketing die beigefügte Erklärung über die allgemeinen Rechte der deutschen Minderheit zur Billigung vor.

2. Die Dänische Regierung wird darauf hinwirken, daß § 4 des Gesetzes Nr. 412 vom 12. Juli 1946, wie durch Gesetz Nr. 214 vom 7. Juni 1952 geändert, baldmöglichst aufgehoben wird. Die Dänische Regierung ist bereit, auf Antrag die Errichtung von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen der deutschen Minderheit mit der Möglichkeit anerkannter Examina unter der Voraussetzung der Angleichung dieser Schulen an das dänische Schulwesen zu gewähren.

3. Die Dänische Regierung gibt der Erwartung Ausdruck, daß alle beteiligten Stellen sich bemühen werden, die Rechte der Minderheit im Geiste der in Ziffer I genannten Erklärung zu achten und zu wahren.

Beim Abschluß der deutsch-dänischen Besprechungen haben der Herr Bundeskanzler und der Herr Ministerpräsident im Namen ihrer Regierungen nachfolgende Erklärungen abgegeben:

Dänische Bekanntmachung Nr. 24 vom 7. Juni 1955

Bekanntmachung betreffend die allgemeinen Rechte der deutschen Minderheit

Der Ministerpräsident und Außenminister hat am 1. April 1955 im Namen der Regierung dem Folketing nachstehende Erklärung über die allgemeinen Rechte vorgelegt, die den zur deutschen Minderheit in den süd-jütischen Landesteilen gehörenden Personen zustehen:

In dem Wunsche, das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung beiderseits der dänisch-deutschen Grenze und damit auch die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Königreich Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland allgemein zu fördern und

bezugnehmend auf Artikel 14 der Europäischen Konvention für Menschenrechte, gemäß welchem die durch diese Konvention anerkannten Rechte und Freiheiten sichergestellt werden sollen ohne Diskriminierung bezüglich der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit,

erklärt die Königlich Dänische Regierung zur Bestätigung der für diese Minderheit bereits geltenden Rechtsgrundsätze — wie sie auch in der vom damaligen dänischen Ministerpräsidenten Hans Hedtoft an Vertreter der deutschen Minderheit in Nordschleswig am 27. Oktober 1949 abgegebenen Erklärung (dem sogenannten Kopenhagener Vermerk) niedergelegt sind — folgendes:

I.

Nach dänischem Recht — dem Grundgesetz des Königreichs Dänemark vom 5. Juni 1953 und sonstiger Gesetzgebung — genießt jeder Staatsbürger und somit auch jeder Angehörige der deutschen Minderheit ohne Rücksicht auf die von ihm benutzte Sprache folgende Rechte und Freiheiten:

1. Das Recht auf die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit,
2. die Gleichheit vor dem Gesetz,
3. die Glaubens- und Gewissensfreiheit,
4. das Recht der freien Meinungsäußerung und die Pressefreiheit,
5. die Versammlungs- und Vereinsfreiheit,
6. das Recht, den Beruf und den Arbeitsplatz frei zu wählen,
7. die Unverletzlichkeit der Wohnung,
8. die freie Gründung der politischen Parteien,
9. den gleichen Zugang zu dem öffentlichen Amt nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung, d. h. daß bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes zwischen Angehörigen der deutschen Minderheit und anderen Staatsbürgern kein Unterschied gemacht werden darf,
10. das allgemeine, unmittelbare, gleiche, freie und geheime Wahlrecht, das auch für die Kommunalwahlen gilt,
11. das Recht, den Schutz der Gerichte anzufordern, wenn er sich durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten als verletzt ansieht,
12. das Recht auf gleiche Behandlung, nach dem niemand wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft oder seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf.

II.

In Ausführung dieser Rechtsgrundsätze wird hiermit festgestellt:

1. Das Bekenntnis zum deutschen Volkstum und zur deutschen Kultur ist frei und darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.
2. Angehörige der deutschen Minderheit und ihre Organisationen dürfen am Gebrauch der gewünschten Sprache in Wort und Schrift nicht behindert werden.
- Der Gebrauch der deutschen Sprache vor den Gerichten und Verwaltungsbehörden bestimmt sich nach den diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften.
6. Bei Unterstützungen und sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln, über die im Rahmen des Ermessens entschieden wird, wird keine unterschiedliche Behandlung der Angehörigen der deutschen Minderheit gegenüber anderen Staatsbürgern stattfinden.

8. Das besondere Interesse der deutschen Minderheit, ihre religiösen, kulturellen und fachlichen Verbindungen mit Deutschland zu pflegen, wird anerkannt.

4. Da das Verhältniswahlverfahren gemäß der Kommunalgesetzgebung bei der Einsetzung von Ausschüssen in den kommunalen Vertretungskörperschaften Anwendung findet, werden die Vertreter der deutschen Minderheit zur Ausschubarbeit im Verhältnis zu ihrer Anzahl herangezogen.

5. Die Dänische Regierung empfiehlt, daß die deutsche Minderheit im Rahmen der jeweils geltenden Regeln für die Benutzung des Rundfunks angemessen berücksichtigt wird.

7. Bei öffentlichen Bekanntmachungen sollen die Zeitungen der deutschen Minderheit angemessen berücksichtigt werden.

3. Allgemeinbildende Schulen und Volkshochschulen (auch mit fachlicher Ausrichtung) sowie Kindergärten können von der deutschen Minderheit gemäß dem in Dänemark geltenden Grundsatz der Unterrichtsfreiheit nach Maßgabe der Gesetze errichtet werden.

Das Folketing hat diese Erklärung mit Beschluß vom 19. April 1955 seine Zustimmung gegeben.

Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

In dem Wunsche, das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung beiderseits der deutsch-dänischen Grenze und damit auch die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark allgemein zu fördern und

eingedenk der völkerrechtlichen Verpflichtung, welche die Bundesrepublik durch ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Konvention für Menschenrechte hinsichtlich der Verpflichtung zur Nichtdiskriminierung nationaler Minderheiten (Artikel 14) übernommen hat,

erklärt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Sinne der auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgelegten Grundsätze, auf welche die Schleswig-Holsteinische Landesregierung in ihrer Erklärung in ihrer Erklärung vom 26. 9. 1949 Bezug genommen hatte, folgendes:

I.

Die Angehörigen der Minderheit genießen wie alle Staatsbürger die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 garantierten Rechte. Insbesondere haben sie im Rahmen des Grundgesetzes folgende Rechte:

1. Das Recht auf die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit,
2. die Gleichheit vor dem Gesetz,
3. die Glaubens- und Gewissensfreiheit,
4. das Recht der freien Meinungsäußerung und die Pressefreiheit,
5. die Versammlungs- und Vereinsfreiheit,
6. das Recht, den Beruf und den Arbeitsplatz frei zu wählen,
7. die Unverletzlichkeit der Wohnung,
8. die freie Gründung der politischen Parteien,
9. den gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung; bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes darf zwischen Angehörigen der dänischen Minderheit und anderen Staatsbürgern kein Unterschied gemacht werden,
10. das allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlrecht, das auch für die Landes- und Kommunalwahlen gilt,
11. das Recht, bei Verletzung von Rechten durch öffentliche Gewalt den Schutz der Gerichte anzufordern,
12. das Recht auf gleiche Behandlung, nach dem niemand wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft oder seiner politischen Anschauung benachteiligt werden darf.

II.

In Ausführung dieser Rechtsgrundsätze wird hiermit festgestellt:

1. Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei und darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.
2. Angehörige der dänischen Minderheit und ihre Organisationen dürfen am Gebrauch der gewünschten Sprache in Wort und Schrift nicht behindert werden.
- Der Gebrauch der dänischen Sprache vor den Gerichten und Verwaltungsbehörden bestimmt sich nach den diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften.
3. Bei Unterstützungen und sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln, über die im Rahmen des Ermessens entschieden wird, dürfen Angehörige der dänischen Minderheit gegenüber anderen Staatsbürgern nicht unterschiedlich behandelt werden.
4. Das besondere Interesse der dänischen Minderheit, ihre religiösen, kulturellen und fachlichen Verbindungen mit Dänemark zu pflegen, wird anerkannt.

III.

Die Bundesregierung gibt zur Kenntnis, daß die Landesregierung Schleswig-Holstein ihr mitgeteilt hat:

1. Da das Verhältniswahlverfahren gemäß der Kommunalgesetzgebung bei der Einsetzung von Ausschüssen in den kommunalen Vertretungskörperschaften Anwendung findet, werden die Vertreter der dänischen Minderheit zur Ausschubarbeit im Verhältnis zu ihrer Anzahl herangezogen.

2. Die Landesregierung empfiehlt, daß die dänische Minderheit im Rahmen der jeweils geltenden Regeln für die Benutzung des Rundfunks angemessen berücksichtigt wird.

3. Bei öffentlichen Bekanntmachungen sollen die Zeitungen der dänischen Minderheit angemessen berücksichtigt werden.

4. Im Lande Schleswig-Holstein können allgemeinbildende Schulen und Volkshochschulen (auch solche mit fachlicher Ausrichtung) sowie Kindergärten von der dänischen Minderheit nach Maßgabe der Gesetze errichtet werden. In Schulen mit dänischer Unterrichtssprache ist ein zureichender Unterricht in deutscher Sprache zu erteilen. Eltern und Erziehungsberechtigte können frei entscheiden, ob ihre Kinder Schulen mit dänischer Unterrichtssprache besuchen sollen.

»Das war ein Ritt über das Eis des Bodensees — er ist gelungen!«

»NORDSCHLESWIGER«-Interview mit Kai-Uwe von Hassel, Bonn/Glücksburg, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein von 1954 bis 1963, Bundesminister von 1963 bis 1969 und Bundestagspräsident von 1969 bis 1972, über die Verhandlungen zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen und die anfänglich schwierige deutsche Verhandlungsposition in Kopenhagen, über die schwindende dänische Hoffnung auf eine Grenzverschiebung, über den einzigen wirklich griffigen deutschen Ansatzpunkt: die Sperrklausel, über eine kleine personelle Provokation in der deutschen Verhandlungsdelegation, über vorhandene Dollpunkte für die deutsche Volksgruppe noch nach 30 Jahren, über einen erschütternden Erkenntnisstand der Bevölkerung in Deutschland und über einen dänischen Ildstedt-Löwen im deutschen Ildstedt im Jahre 2 015

»Der Nordschleswiger«: Herr Präsident, einer der Anlässe, sich weitergehende Gedanken über eine Regelung der deutsch-dänischen Minderheitenfrage zu machen, war das Scheitern des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) an der Fünf-Prozent-Klausel bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl 1954. Welche Wünsche hatte die deutsche Volksgruppe, abgesehen von ihnen »Tingleffer Empfehlungen«?

Kai-Uwe von Hassel: Die deutsche Volksgruppe hatte ein entscheidendes Interesse und den dringenden Wunsch, daß beim dänischen Wunsch in Schleswig-Holstein, stark unterstützt von der Regierung in Kopenhagen und allen politischen Parteien des Königreiches Dänemark, auf Aufhebung der Fünf-Prozent-Sperrklausel bei dieser Gelegenheit auch ihre Wünsche Erledigung finden mögen. Parallel passio, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit wollte sie erreichen, daß endlich auch ihre Probleme gelöst würden.

»Der Nordschleswiger«: Welche Probleme waren das?

Von Hassel: Das war ein großes Bündel: die große Frage der sog. Rechtsabrechnung, die später in den Verhandlungen zwar angedeutet wurde, zwischen den Zeilen durchklang und in den Nebengesprächen insonderheit vom Leiter der schleswig-holsteinischen Staatskanzlei, Dr. Dr. Ernst Kracht — meinem engsten Vertrauensmann, der die Verhandlungen mitführte und entscheidend beeinflusste — immer wieder vorgebracht wurde. Nur, es bestand kein Zweifel: Ein gewisser Druck der deutschen Verhandlungspartner wäre sehr schnell als ein Eingriff in innerdänische Angelegenheiten verstanden worden und hätte von dort her Gegenströmungen hervorgerufen,

die das ganze hätten gefährden können. Daher haben wir zwar das Thema Rechtsabrechnung als einen sehr wichtigen Punkt angedeutet, nicht aber in die eigentlichen Verhandlungen einbezogen. Der Hauptgegenstand unserer deutschen Verhandlungspartner — im meinem Auftrag Herr Dr. Kracht — lief auf die Wiederherstellung der Examenrechte für die deutschen Schulen hinaus. Ihre Grenze lag unterhalb der Examina. Wir haben verlangt, daß das Schulwesen der deutschen Minderheit in Dänemark mit dem dänischen Schulwesen der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein gleichgestellt wird und ihm Examenrechte gegeben werden. Daneben gab es eine Fülle anderer Fragen, wie z. B. die ganzen freien politischen Rechte und Betätigungen der deutschen Volksgruppe. Ein ganzes Bündel anderer Fragen kam in die Verhandlungen, ohne nachher später direkt aufgezählt, sondern in die allgemein anerkannten Rechte für die deutsche Minderheit einbezogen zu werden.

»Der Nordschleswiger«: Wie haben Sie damals als schleswig-holsteinischer Ministerpräsident und auch als CDU-Politiker das Junktim beurteilt, das vom dänischen Folketing zwischen der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Nato und der Herstellung befriedigender Minderheitenregelungen zugunsten der dänischen Minderheit hergestellt wurde?

Von Hassel: Ich habe in zahlreichen Aufzeichnungen als ein Mann, der seit Gründung der Bundesrepublik zur europäischen Entwicklung — und zwar in vorderster Linie — stand, zu erkennen gegeben, daß ich wisse, daß bei einer Entwicklung zur Europäischen Gemeinschaft einerseits und vor allem zur Nato andererseits

auch das Verhältnis Dänemark und Deutschland bereinigt werden müsse. Die beiden Staaten könnten nicht Partner in Gemeinschaften — Nato, Westeuropäische Union, Europarat, später Europäische Union usw. — sein, wenn sie sich unter um Fragen streiten, die für beide Partner dringend sind, aber wahrscheinlich eine große europäische oder atlantische Entwicklung stören würden. Deshalb war mit persönlich als Vorsitzender der CDU und als Regierungschef völlig klar, daß man bei der Regelung der Fragen hier an die großen übergeordneten Gesichtspunkte der europäischen Entwicklung denkt.

»Der Nordschleswiger«: Hat das 1954/55 nicht Ihre Wünsche und Interessenlage im Land Schleswig-Holstein eingeschränkt?

Von Hassel: Nein, das hat es nicht. Ich habe den Dänen gesagt — und zwar sowohl der Minderheit südlich der Grenze als auch den offiziellen Dänen, die ich traf, Abgeordnete des Reichstages und der damals beginnenden Parlamentarischen Versammlung des Europarates —: Ich habe Verständnis für eure Frage der Fünf-Prozent-Klausel; Ihr müßt aber wissen, daß Ihr die Aufhebung der Klausel nur bekommen werdet, wenn auch Ihr bereit seid, ernsthaft unsere Wünsche zu berücksichtigen.

»Der Nordschleswiger«: Welche Wünsche seitens der Bundesregierung konnten Sie seitens der Landesregierung unterstützen?

Von Hassel: Zwischen Konrad Adenauer und mir, der ich ja später Adenauers Stellvertreter in der CDU Deutschlands wurde, gab es überhaupt keine Unterschiede. Adenauer hatte volles Verständnis dafür, daß wir sagten: Wir Schleswig-Holstein machen darauf aufmerksam, daß es im fernen

Bonn ganz gewiß etwas anders aussieht. Dort streitet man sich nicht über Minderheitenfragen, während wir hier vor Ort jeden Tag die Konfrontation haben, z. B. damals mit der dänischen Kulturoffensive.

Sowohl Reichsdänen als auch dänische Minderheitenvertreter brachten zum Ausdruck, daß die Grenze eben eines Tages doch nicht festliegen müsse, daß man im Wege des Selbstbestimmungsrechtes, zu dem sich ja auch die Deutschen bekannten, eines Tages die Grenze verschieben könnte, daß die dänische Kulturoffensive dem Zwecke diene, die völklichen Voraussetzungen südlich der Grenze zu schaffen, daß bei einem erneuten Plebiszit die Grenze eventuell verändert werden könne. Bonn sah es aus der Ferne also nicht mit der Präzision und der Tagesschärfe wie wir hier.

»Der Nordschleswiger«: Darauf lief unsere Frage hinaus...

Von Hassel: Der Bundeskanzler sagte: Das sehe ich völlig ein. In seinem großen Memorandum aus dem Jahre 1950 erklärte er, es gäbe für ihn überhaupt gar keinen Streit, daß die Grenze festliege, und wer an der Grenze rüttelte, trafe auf den Widerstand des ganzen deutschen Volkes. Das hat Adenauer ganz deutlich gesagt. Zwischen ihm und mir gab es keinen Unterschied. Der Unterschied war lediglich der, daß Adenauer aus der Bundeshauptstadt die großen europäischen Dinge sah, während wir an der Grenze die tägliche Auseinandersetzung mit diesen Fragen hatten.

Als 1955 die Verhandlungen begannen, hatte an der Grenze — für uns nicht mehr bestreitbar — die dänische Seite die Hoffnung auf Grenzverschiebung aufgegeben. Sie konnte das nicht offen sagen, weil es ja das Lebenselixier einer Minder-

heit ist zu sagen: Irgendwann wird sich das hier ändern, haltet aus, und bemüht euch, und sammelt Freunde für eure dänische Seite. — Aber jeder sagte im Grunde genommen: Die Grenze liegt fest; die Hoffnung der Minderheit wird sich nicht erfüllen.

»Der Nordschleswiger«: War das damals auch schon in der Öffentlichkeit klar?

Von Hassel: Für die politischen Akteure — für mich zum Beispiel — war das eigentlich klar. Natürlich sehe ich ein, daß ein dänischer Minderheitenführer das so nicht sagen konnte, weil das eine schwere, bittere Enttäuschung für seine eigenen Freunde gewesen wäre, die doch darauf hofften, daß die Grenze verschoben werden würde.

»Der Nordschleswiger«: Hat der Flensburger CDU-Bundestagsabgeordnete Will Rasner all diese Positionen bei seinen Sondierungen in Kopenhagen vor Beginn der Verhandlungen klar gemacht?

Von Hassel: Das hat er mit Sicherheit. Leider hat Will Rasner keine Aufzeichnungen aus dieser Zeit gemacht; das ist ein großer Verlust, weil er mit Sicherheit der bestinformierte Mann aus dem Deutschen Bundestag gewesen ist. Er war außerordentlich umsichtig und erfahren. Ich habe annähernd jeden Tag mit ihm telefoniert und ihn über den Fortgang unserer Überlegungen unterrichtet. Er sagte mir, was im Bundestag oder — über seine Kontakte — im Bundeskanzleramt geschähe. Zwischen uns gab es eine außerordentlich positive Unterstützung; wir waren völlig einer Auffassung.

»Der Nordschleswiger«: Welche Wünsche der deutschen Volksgruppe hat die dänische Seite bei den Verhandlungen in Kopenhagen abgelehnt?

Von Hassel: Wir hätten gern gesehen, wenn man zu einer Bereinigung der Rechtsabrechnung gekommen wäre — mit einem später moderneren Begriff, eine Amnestie ausgesprochen hätte, daß diejenigen, die im ersten Eifer der Nachkriegszeit unter Anklage gestellt worden sind, später davon befreit worden wären.

»Der Nordschleswiger«: Es gab noch weitere Punkte, die die dänische Seite zurückwies.

Von Hassel: In der ganzen ersten Verhandlungsphase gab es eine sehr deutliche Darstellung der dänischen Seite, daß es überhaupt nur um das Wahlrecht ginge. Wegen dieser Frage — daß sie nicht bereit war, unseren Wünschen zuzuhören — wäre es möglicherweise zu einem Rückzug des deutschen, schleswig-holsteinischen Verhandlungspartners Dr. Kracht gekommen!

»Der Nordschleswiger«: Können Sie diese Situation, die Sie zu einem Abbruch der Verhandlungen veranlaßt hätte, wenn Sie nicht gerade im Urlaub in Südtirol...

Von Hassel: Ja bewußt — in Meran. In den ersten anderthalb Verhandlungstagen war die dänische Seite nicht bereit, auf unsere Wünsche einzugehen. Da hätte ich gesagt: Herr Dr. Kracht, es hat keinen Zweck, der Schlüssel liegt bei der schleswig-holsteinischen Landesregierung. Wenn die nicht bereit ist, die Fünf-Prozent-Klausel zu beseitigen, wird das Ganze nichts. Also — entweder man spricht über alles, oder man spricht über nichts.

Es klingt heute ein wenig hart, aber aus der damaligen Verhandlungssituation muß man wissen, daß der einzige wirkliche griffige Ansatzpunkt, den wir hatten, die Sperrklausel war. Hätten wir sie in einer großen, europäischen orientierten Geste freigegeben, wäre rebus sixtantibus — so wie die Dinge damals lagen — in Kopenhagen für die deutsche Volksgruppe nichts bewegt worden! Wir hätten jahrelang noch weiter gestritten.

»Der Nordschleswiger«: Hat die deutsche Volksgruppe damals — analog zur dänischen Forderung nach Aufhebung der schleswig-holsteinischen Fünf-Prozent-Sperrklausel für die dänische Minderheit — für sich die Forderung nach Aufhebung der dänischen Zwei-Prozent-Sperrklausel gestellt oder zumindest diesen Wunsch angedeutet, auch wenn sie damals durch Hans Schmidt-Oxüll im Folketing vertreten war?

Von Hassel: Diese Vertretung war wackelig. Keiner wußte, ob die Volksgruppe dieses Stimmresultat immer erreichen würde. Die Forderung wurde nicht gestellt; die Volksgruppe sagte: es muß sichergestellt werden, daß auch wir im Folketing eine Vertretung behalten können. Wenn man hier Sonderregelungen findet, dann muß man implizite — ohne daß es direkt ausgesprochen wurde — auch drüben Sonderregelungen finden können. Alles ging unter dem Gesichtspunkt der Gegenseitigkeit.

»Der Nordschleswiger«: Zu einer Sonderregelung für die

deutsche Minderheit ist es aber nicht gekommen.

Von Hassel: Nein. Es hat sich nachher herausgestellt, daß dazu eine Änderung der dänischen Verfassung notwendig gewesen wäre. Und eine Verfassung im Königreich Dänemark zu ändern, ist äußerst kompliziert.

»Der Nordschleswiger«: Ist es aus heutiger Sicht ein Fehler, daß die deutsche Seite die Zwei-Prozent-Sperrklauselfrage hat fallenlassen?

Von Hassel: Sie müssen natürlich insgesamt sehen, daß diese großen Verhandlungen erst in Kopenhagen und dann in Bonn im Grunde ein Durchbruch im Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark, zwischen deutscher und dänischer Minderheit geworden sind: Die Tatsache, daß bis heute die Erklärungen von Bonn und Kopenhagen nicht einmal um ein Komma geändert worden sind, zeigt, wie tragfähig das Gesamtergebnis geworden ist. In der Gesamtbilanz ist das Erreichte schon ein großer Fortschritt, auch wenn nicht alles erreicht worden ist.

»Der Nordschleswiger«: Die Verhandlungen in Kopenhagen begannen sehr kühl, um nicht zu sagen: eisig. Wodurch wurde eine Erwärmung des Verhandlungsklimas, zumindest graduell, erreicht, bevor man zu einem Ergebnis kam? Welche Abstriche mußte die deutsche Seite machen?

Von Hassel: Sie müssen sehen, daß das Ganze ein Do-ut-des ist. Die dänische Seite sah schließlich ein, daß die Kierler Seite — Dr. Ernst Kracht — nicht locker ließ. Erst als sie unsere Wünsche für die deutsche Volksgruppe bereit war einzubeziehen, änderte sich das Verhandlungsklima.

Es wurde nachher ein sehr gutes Klima. Als man nach Ablauf des zweiten Tages zu einem Gesamtdurchbruch gekommen war, war es noch eine Frage des Abwägens: Ist nun alles erfüllt, oder gibt es einen Teil Nichterfülltes? Man muß dann in Rechnung stellen, daß das Ergebnis insgesamt gut geworden ist.

»Der Nordschleswiger«: Sie haben den Chef Ihrer Staatskanzlei, Landesdirektor [= Staatssekretär] Dr. Dr. Ernst Kracht, als schleswig-holsteinischen Vertreter in die deutsche Verhandlungsdelegation geschickt. Kracht war von Mai 1936 bis zum Einrücken der britischen Besatzungstruppen im Mai 1945 Oberbürgermeister in Flensburg. Er gehörte zwar nicht zur »alten Garde« der NSDAP, hatte sich aber andererseits in der Weimarer Republik auch nicht von dieser Partei distanziert. Während Krachts Amtszeit stand die dänische Minderheit auch in Flensburg unter erheblichem Druck, was die dänische Minderheit auch heute noch anführt. War es vor diesem Hintergrund klug, Dr. Kracht als schleswig-holsteinischen Vertreter in die Delegation zu nehmen? War dieses seitens der schleswig-holsteinischen Landesregierung gar als kleine Provokation gegenüber der dänischen Seite gedacht?

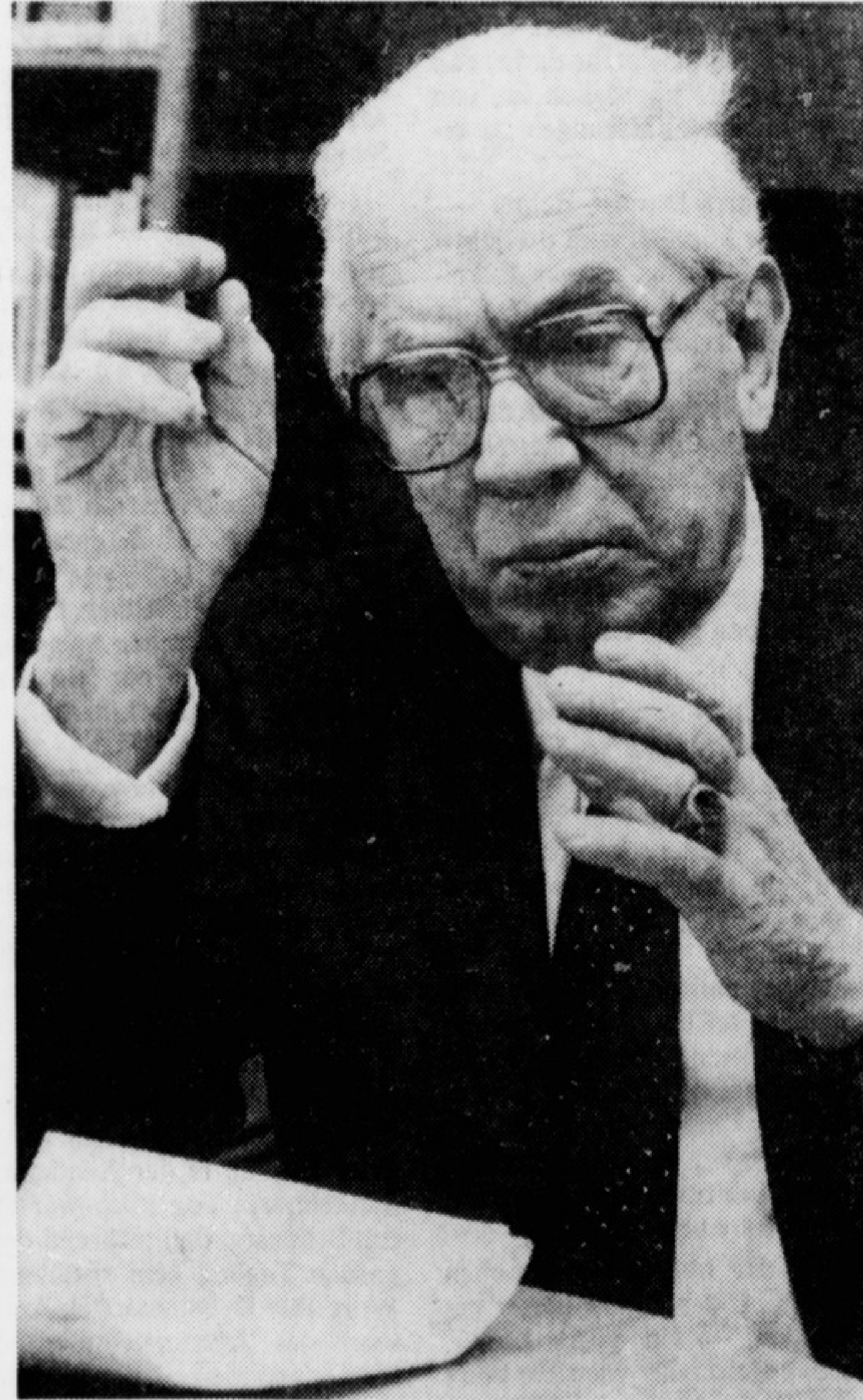
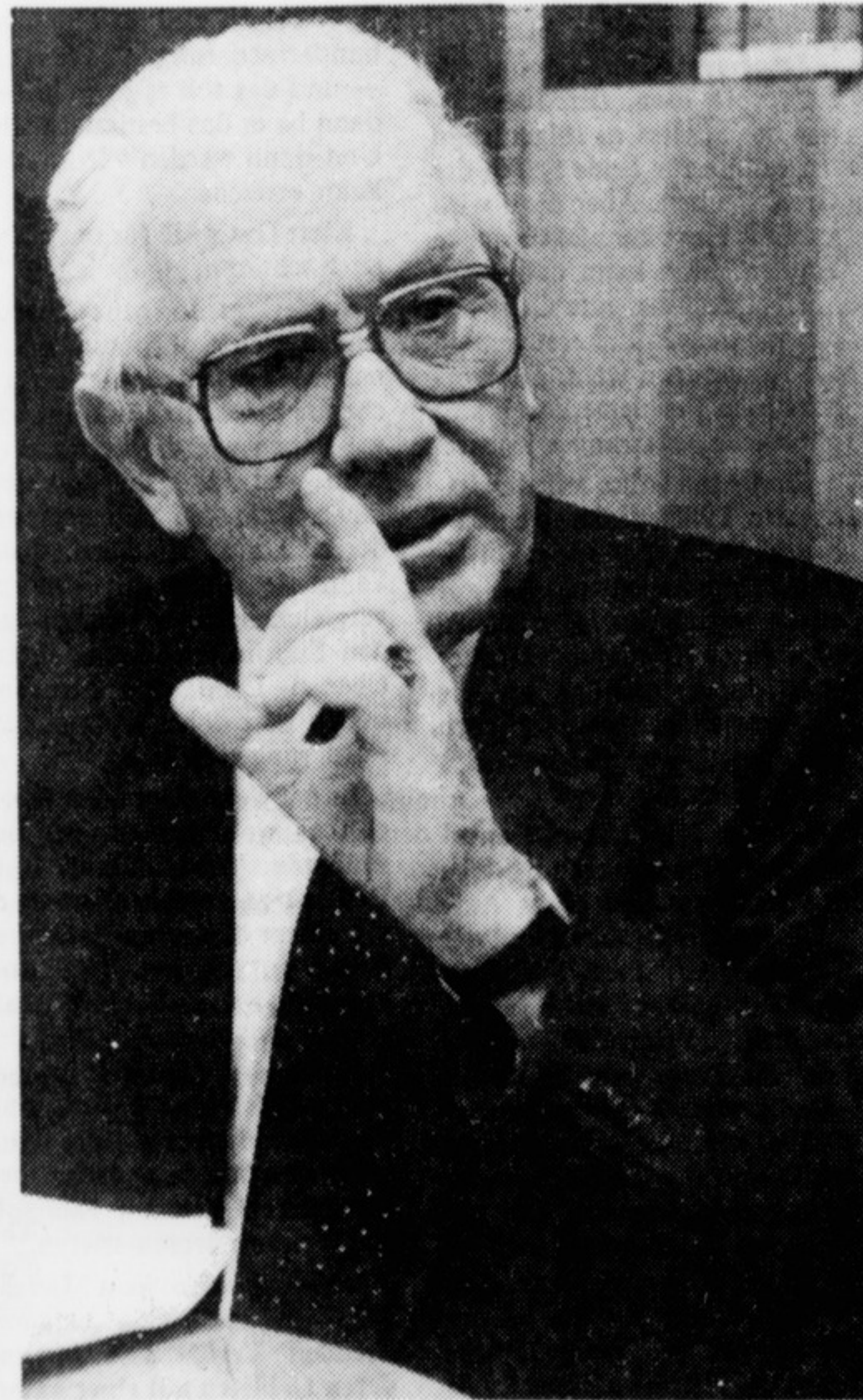
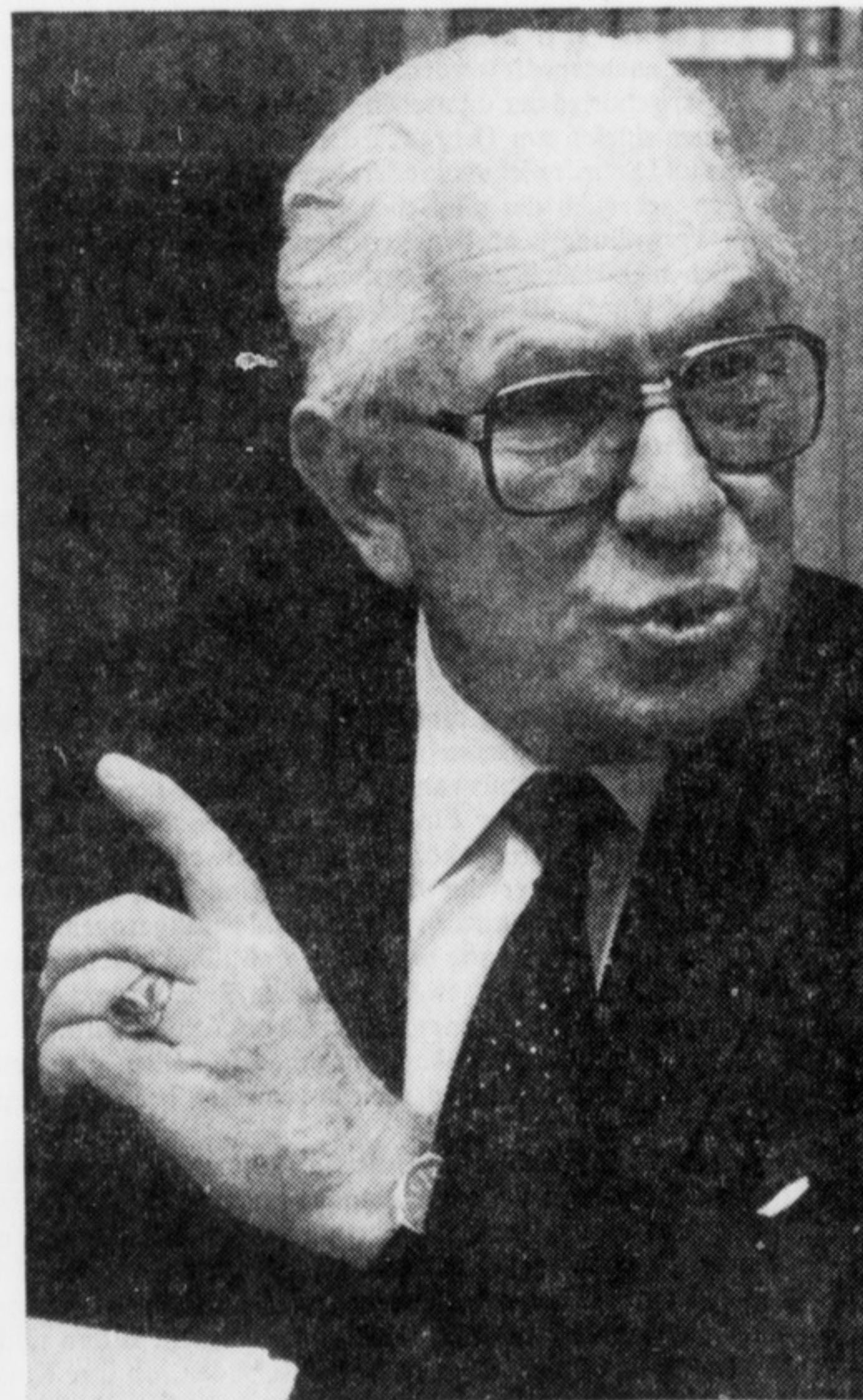
Von Hassel: Es gibt von dänischer Seite keinen einzigen mir bekannten Vorwurf, daß man aus der Zeit der NS-Tätigkeit, des Dritten Reiches also, Kracht irgendwelche Vorwürfe macht. Er selber hat alles getan — das weiß ich aus vieljähriger enger Verbindung mit ihm —, daß die ganzen wilden Methoden der Nazis in Flensburg nicht Platz gegriffen haben.

Kracht war ein ganz aufrichter Beamtentyp preußischen Sinnes: zuverlässig, treu, sehr korrekt, absolut unbestechlich und gradlinig — und ich begreife die Flensburger nicht, die Dr. Kracht irgendwie anders sehen und die sich nicht einmal zu seinem Tode geäußert haben. Nein, nein, Kracht ist ein großer Oberbürgermeister gewesen; und von dänischer Seite kenne ich nicht einen einzigen Vorwurf gegen ihn. Wenn es irgendwo jemand gab, der nationalsozialistische Politik abzuschwächen, zu mildern versuchte, dann war es Dr. Kracht.

»Der Nordschleswiger«: Seit 1955 hat sich die Lage im Grenzland verbessert, indem das Zusammenleben zwischen Minderheiten sachlicher, spannungsfreier und nachbarschaftlich geworden ist. Haben sich die Bonn-Kopenhagener Erklärungen auch auf den Gebieten bewährt, auf denen die Minderheiten noch offene Wünsche haben — z. B. die Frage der Zuschüsse für die deutschen Büchereien in Nordschleswig?

Von Hassel: Natürlich können nie alle Wünsche völlig erfüllt werden. Das Entscheidende dieser beiden Erklärungen ist, daß das Klima, die ganze Stimmungslage an der Grenze bereinigt worden ist. Und das merkt man ja bis hinunter in die Gemeinden. Die Schärfe, mit der man früher aufeinander drohte, ist nach einer gewissen Übergangszeit durch diese Erklärungen ganz erheblich gemildert und heute praktisch beseitigt worden. Das schließt nicht aus, daß es immer noch Schwierigkeiten geben kann.

Zwei dieser Schwierigkeiten sind ausgeräumt worden: Ich habe auf dem Parteitag der dänischen Konservativen im November 1983 in einer auf englisch gehaltenen Rede vor 2.000 Delegierten sehr deutlich nicht nur dem Staatsminister und Parteichef der Konservativen, sondern auch den 2.000 Leuten eine Darstellung gegeben über das, was nicht nur sie gegenüber der schleswig-holsteinischen Regierung an Wünschen haben — Erhöhung der Zuschüsse an die dänischen Schulen —, sondern auch, was wir an Wünschen haben. Unter dem Beifall der Delegierten habe ich gesagt: Ihr neuer Staatsminister, den ich seit vielen Jahren kenne, wird in der Lage sein, unsere Wünsche zu erfüllen, nämlich ein deutsches Sekretariat in Kopenhagen einzurichten; und ich werde — ohne Einfluß auf Landesregierung und Landtag in Kiel — dafür Sorge tragen, daß die Bereitschaft wächst, Ihnen 100 Prozent Zuschüsse zu zahlen. Ein halbes Jahr später waren



KAI-UWE VON HASSEL (71) im »NORDSCHLESWIGER«-Interview: »Da hätte ich gesagt: Es hat keinen Zweck, der Schlüssel liegt bei der schleswig-holsteinischen Landesregierung. ... Entweder spricht man über alles, oder man spricht über nichts!«

die beiderseitigen Probleme gelöst.

»Der Nordschleswiger«: Dennoch stellt die Frage der Büchereizuschüsse noch immer einen Dolldpunkt dar...

Von Hassel: ... einen der Dolldpunkte...

»Der Nordschleswiger«: ... und ebenso wenig sind eine Reihe deutscher Kindergärten bisher anerkannt.

Von Hassel: Es gibt noch einen dritten Dolldpunkt: Daß junge Angehörige der Volksgruppe, die kommunale oder Staatsbeamte werden wollen, nicht in Nordschleswig in den Dienst kommen. Sie kommen zwar in den Dienst — aber eben irgendwo »oben« im Reich. Das ist zum Beispiel etwas, was auf Dauer auch neu überlegt werden muß.

»Der Nordschleswiger«: Obwohl es inzwischen einzelne Ausnahmen in Nordschleswig gibt...

Von Hassel: Das ist der Weg dahin, den die Erklärungen eröffnen haben.

»Der Nordschleswiger«: Wirken sich die Bonn-Kopenhagener Erklärungen Ihrer Einschätzung nach heute in die ungenügende Weise bis auf die unteren Gebietskörperschaften aus? Wir denken an die oben angeschnittene Frage der kommunalen Nichtanerkennung deutscher Kindergärten.

Von Hassel: Ich kann in diesem Fall nur von der südlichen Seite der Grenze sprechen. Mein Eindruck ist, daß alle kommunalen Vertretungskörperschaften in Städten, Gemeinden und Kreisen bei ihrem Verhältnis zur dänischen Minderheit in ihren Bereichen mitgetragen sind von den Bonn-Kopenhagener Erklärungen.

Vor 30 Jahren war keine mehrheitlich deutsch geführte Gemeinde bereit, irgendwie auf die Wünsche der dänischen Bevölkerungsgruppe einzugehen. Dieses hat sich — so scheint mir — sehr geändert. Es ist heute in einer Gemeinde-oder

einer Stadtvertretung nicht mehr üblich, daß man dort miteinander streitet, sondern vielmehr versucht, die Dinge miteinander zu lösen. Ich sage: südlich der Grenze; nördlich der Grenze kann ich es nicht beurteilen. Ich bin aber überzeugt, daß die ganze Stimmung — beispielsweise in den politischen Parteien — heute dahin geht, daß man in der Tat heute ganz anders steht als vor 30 Jahren, als die Erklärungen formuliert worden sind.

»Der Nordschleswiger«: Was ließe sich Ihrer Meinung nach tun, die Bonn-Kopenhagener Erklärungen bei der Grenzbevölkerung sowohl in Nordschleswig, aber auch im Landesteil Schleswig bekannt zu machen als sie es doch wohl bei den meisten sind? Welche Verpflichtungen haben in diesem Zusammenhang die Mehrheitsbevölkerungen und die kommunalen und staatlichen Organe?

Von Hassel: Leider ist es so, daß die Bevölkerung an vielen Vorgängen relativ interessarlos vorbeigeht — es sei denn, daß sie emotional aufgeladen — über die Friedensbewegung in Richtung auf das berühmte Thema der nuklearen Bewaffnung — losmarschiert. Es ist ein Zeitgeist, daß man sich mit der Geschichte nicht befäßt und noch weniger mit den Fragen, die einen nicht unmittelbar brennen.

Als wir die Erklärungen damals im Schleswig-Holsteinischen Landtag durchsetzten, waren sie in keiner Weise unbestritten. Es wurde darüber gerungen. Mit großer Mühe haben wir damals versucht, eine eindrucksvolle Mehrheit zu gewinnen; das ist uns gelungen.

Keiner hat damals geglaubt, daß sich das Ergebnis dieser Erklärungen 30 Jahre später in einer gemeinsamen Sonderbriefmarke niederschlägt.

Das alles zeigt, daß sich das, was wir 1955 begannen und durchsetzten, sich heute so bewährt hat, daß es sogar eine ge-

meinsame Briefmarke gibt. Das wäre vor 30 oder 20 Jahren unmöglich gewesen.

Insofern glaube ich, daß die staatlichen Organe und auch die politischen Parteien alles tun, um der Bevölkerung klarzumachen, daß wir hier vor 30 Jahren eine beispielhafte Entwicklung eingeleitet haben. Das war ein Ritt über das Eis des Bodensees. Er ist gelungen; wir sind heil am anderen Ufer angekommen.

Heute ist das eine solche Selbstverständlichkeit, daß selbst dort, wo man einmal nicht daran denkt, es sehr leicht ist, den anderen auf den darauf aufmerksam zu machen: Dieses ist eigentlich der Geist, in dem alles gesehen werden sollte; und wenn Du das vergessen hast — bitte denke noch einmal nach.

Ich bin überzeugt, daß das funktioniert!

»Der Nordschleswiger«: Herr Präsident, Sie sagten, daß die staatlichen Organe und auch die politischen Parteien alles tun, um die beispielhafte Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte ins Bewußtsein zu rücken. Dennoch erscheint der Kenntnisstand der Bevölkerung im Landesteil Schleswig heute, 65 Jahre nach der Volksabstimmung von 1920, über die nördliche Nachbarregion — Nordschleswig und seine deutsche Minderheit — mitunter geradezu erschütternd. Es gibt sogar schon in Flensburg — ganz zu schweigen von anderen Orten im Landesteil Schleswig und gar vom Landesteil Holstein — Menschen, denen die Tatsache unbekannt ist, daß in Nordschleswig eine etwa 25.000 Köpfe starke deutsche Volksgruppe lebt.

Von Hassel: Das ist natürlich in höchstem Maße bedauerlich; es ist aber nicht verwunderlich. Damals, 1955, kannte man das Thema der Grenze und der Auseinandersetzung nördlich und südlich der Grenze schon am Nord-Ostsee-Kanal nicht

mehr. In Altona oder in Bargteheide hatte man keine Ahnung, was eigentlich dort oben vor sich geht — es sei denn, man hatte Verwandte, die im Grenzland lebten und es irgendwann einmal berichteten. Schon damals war jenseits des eigentlichen Landesteils Schleswig Verständnis für das, was dort oben eigentlich geschah, überhaupt nicht zu finden — geschweige denn etwa im Rheinland, am Main oder etwa in Bayern. Insofern ist das begreifbar, daß es auch heute genügend — vor allen Dingen junge — Menschen gibt, die gar nicht wissen, was da oben passiert.

»Der Nordschleswiger«: Da unterliegen die deutschen öffentlichen Schulen in Schleswig-Holstein einer besonderen Verpflichtung, im Rahmen ihres Geschichts- und Gegenwartsunterrichts auch die Geschichte und die Verhältnisse des schleswischen, des deutsch-dänischen Grenzlandes bekanntzumachen und die Jüngeren auf die Existenz einer deutschen Volksgruppe hinzuweisen.

Von Hassel: Sie haben völlig recht. Im Grunde genommen müßten die Schulen sich mehr darum kümmern.

Das haben sie übrigens sehr anerkennenswert in den ersten 20 Jahren nach dem Ende des zweiten Weltkrieges. Die Schulsammlungen des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes für die deutschen Schulen in Nordschleswig auch weiter im Süden des Landes waren doch respektabel. Nur eines: Sie wissen, wie wir überall darüber klagen, daß die junge Generation in völliger Geschichtslosigkeit aufwächst!

»Der Nordschleswiger«: Die Verantwortung liegt bei den Eltern und Lehrern!

Von Hassel: Natürlich, natürlich. Sie weichen zum Teil aus, weil sie Angst haben vor der Fragestellung: Was habt Ihr denn im Dritten Reich gemacht? — Also beschäftigt

man sich überhaupt nicht mit der Geschichte...

Das ist heute nach meinem Dafürhalten sehr viel anders. Aus meiner politischen Tätigkeit bei den Christlichen Demokraten oder etwa in der von mir geführten Hermann-Ehlers-Stiftung in Kiel und in anderen Städten Norddeutschlands finden wir eine sehr starke Zuwendung zur Geschichte. Alles was wir heute an Veranstaltungen zum Thema Landesgeschichte anbieten, wird derartig angenommen, daß keine Veranstaltung durchgeführt werden kann, ohne daß eine große Zahl interessierter Leute zurückgewiesen werden muß.

»Der Nordschleswiger«: Ähnliches erlebt im deutsch-dänischen Grenzland die Akademie Sankelmærk seit Anfang der 80er Jahre.

Von Hassel: Dieses ist nicht nur ein Zeichen in Schleswig-Holstein; wir erleben es auch in anderen Bundesländern. Man beginnt heute wieder, sich sehr stark mit der Geschichte zu befassen. Ob darin nun speziell das Thema Deutsch-Dänisch und Minderheiten einbezogen ist, ist eine zweite Frage. Aber auch das bietet die Hermann-Ehlers-Akademie ständig mit an.

»Der Nordschleswiger«: Worauf führen Sie die verstärkte Hinwendung zu Geschichte zurück?

Von Hassel: Nehmen Sie als Beispiel den Schleswig-Holsteinischen Heimatbund: Seine Mitgliedsverbände haben die Herausgabe von Dorf- und Kirchspielchroniken angeregt und gefördert. Man fängt mit der sorgfältigen Erforschung der Geschichte der engeren Heimat an, weil man das übersehen kann. Es gibt sehr viele Familien, die an der Erforschung dieser Geschichte interessiert sind, weil ihr eigener Hof daran beteiligt ist oder ihre eigene Apotheke dort eine Rolle spielt. Von dort führt der Weg über die Landesgeschichte, zur nationalen, zur deutschen

Geschichte. Nach 1945 wich man aus, weil man einfach Angst vor der Vergangenheit hatte und meinte, diese Vergangenheit sei am besten zu beenden, indem man sich Europa zuwendet und den Blick in die Weite schweifen läßt. Aber das ist anders geworden.

»Der Nordschleswiger«: Herr von Hassel, sehen Sie heute, im Rückblick auf die positive Entwicklung der vergangenen 30 Jahre nach Abgabe der Bonn-Kopenhagener Erklärungen, Gefahren für die Existenz der Minderheiten — insbesondere für die deutsche —, indem die Erklärungen auch gegen die Minderheiten verwendet werden können? Wir denken an einen Anspruch des Südtiroler Landeshauptmanns Dr. Silvius Magnago, der das Verhalten der Republik Italien und ihrer Politiker der Mehrheit gegenüber den Südtirolern einmal als »Chloroformpolitik« bezeichnet hat, auch wenn man südtiroler nicht mit schleswischen Verhältnissen vergleichen kann.

Von Hassel: Ich habe noch nie danach gefragt, ob solche Lösungen — wie die Minderheitenerklärungen —, wenn sie gefunden werden, die politische Agitation der betreffenden Minderheit schwächen, weil die andere Seite — also wir in Deutschland — etwa sagen könnte: Ja, was wollt Ihr dänische Minderheit denn? Ihr habt ja alle Rechte bekommen; und jetzt fangt Ihr an zu tönen.

Es ist nicht Aufgabe des Staates, dafür zu Sorge zu tragen. Wenn diese in der Sache hervorragenden Lösungen nachher zu negativen Begleiterscheinungen, wie Sie sie schildern, führen, müssen die Minderheiten im Norden und die Minderheiten im Süden damit selber fertigwerden. Das ist nicht unsere Aufgabe.

»Der Nordschleswiger«: Unter Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg wurden die Landeszuschüsse an die dän-

sche Schulen im Landesteil Schleswig von 80 auf 85 Prozent erhöht, unter seinem Amtsnachfolger Dr. Uwe Barschel auf jetzt 100 Prozent, was der SSW seit langem gefordert hatte.

Ist die Erhöhung eine logische Folge der Minderheitenerklärungen, oder handelt es sich um eine neue Qualität der schleswig-holsteinischen Grenzland- und Minderheitenpolitik?

Von Hassel: Es ist eine konsequente Fortsetzung. Die Minderheitenerklärungen wurden mit großen Mehrheiten angenommen. Darauf hat sich im Grunde eine fortschreitende Enkämpfung und Entspannung aufgebaut. Sie führt natürlich dazu, daß es hier und da Projekte gibt, die man fördert, weil ich sage: Im Laufe der fortschreitenden Entwicklung kann man jetzt auch in einer vernünftigen Form von uns aus sehen, ob man da nicht Hilfestellung geben könnte.

In Fortsetzung dieses ganz kontinuierlichen Weges zeigt sich die konsequente Linie. Es ist nicht eine totale neue Qualität, sondern die Weiterführung einer Linie, die eben bis zu diesem Punkte kommt.

»Der Nordschleswiger«: In der dänischen Tageszeitung »Flensborg Avis« konnte man bereits lesen, daß die dänische Minderheit eine weitere Erhöhung der Landeszuschüsse für ihre Schulen über die jetzt gezahlten 100 Prozent hinaus fordern wird. Ist das gerechtfertigt?

Von Hassel: Ich sage das einmal mit einem etwas freundlichen, humorvollen Unterton: Karl Otto Meyer soll nun mal ganz friedlich sein; er hat die 100 Prozent erreicht; und bei den 100 Prozent bleibt es! Er soll nun nicht anfangen, sich in Zahlen hineinzuzeichnen, die unrealistisch sind. Er weiß ganz genau, wie die Landesfinanzen aussehen!

»Der Nordschleswiger«: ... aber argumentiert of-

fentlich, ein dänisches privates Minderheitenschulsystem sei teurer als ein deutsches öffentliches Schulsystem.

Von Hassel: Das dänische Schulsystem ist ja auch besonders großzügig aufgebaut. Die dänischen Schulen sind räumlich hervorragend. Die Zahl der Schulkinder pro Lehrer liegt weit unter den entsprechenden Zahlen der deutschen Schulen. Sie leisten sich eben diesen — ich will's mal in Anführungsstrichen sagen — »Luxus«.

Insofern muß man auch die deutsche Seite verstehen: Für diese typischen dänischen, glänzenden Schulen kann man nicht erwarten, daß wir da voll einsteigen. Wir können uns das für unsere (öffentlichen deutschen) Schulen nicht leisten.

»Der Nordschleswiger«: Der frühere dänische sozialdemokratische Staatsminister Anker Jørgensen hat einmal erklärt, daß sich die deutsch-dänischen Beziehungen im Grenzland seit 1955 »fast märchenhaft« entwickelt hätten. Wenn Sie aus der Gegenwart 30 Jahre in die Zukunft — bis ins Jahr 2015 — blicken, können Sie sich dann im Grenzland nur noch »Friede, Freude, Eierkuchen« vorstellen? Wäre es für Sie denkbar, und daß der dänische Ildsted-Lowe symbolhaft im deutschen Ildsted sehen wird?

Von Hassel: (lacht) Ich habe mich immer von Prognosen ferngehalten, weil ich mich nicht zur Gruppe der Propheten zähle. Man muß nüchtern klären, wohin wir wollen: Ich will zu einer europäischen Ordnung, in der die Staaten in einer großen Zahl dringender Aufgaben gemeinsam handeln; das heißt auch, die Grenzen zu überwinden.

Die Dänen werden immer Dänen bleiben; wir Deutschen werden immer Deutsche — mit Deutsch als Muttersprache — bleiben. Aber darüber hinweg müssen wir miteinander sprechen und vor allem Europa nicht torpedieren! -uk-

September 1954

12. Sept. Landtagswahl in Schleswig-Holstein — Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), der 42.242 Stimmen erreicht, was einem Stimmenanteil von 3,5 Prozent im ganzen Land entspricht, scheitert an der Fünf-Prozent-Klausel und kann keine Abgeordneten mehr in den Landtag entsenden. In der dänischen Presse wird scharfe Kritik am schleswig-holsteinischen Wahlgesetz geäußert, zumal die deutsche Minderheit in Nordschleswig seit 1953 mit 9.721 Stimmen mit einem Abgeordneten im Folketing vertreten ist.

15. Sept. Vollversammlung des Grenzpolitischen Rates in Husum. 15. Sept. In der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg bringt der dänische Delegierte Hermod Lannung das schleswig-holsteinische Wahlergebnis zur Sprache und fordert die Bundesrepublik Deutschland auf, dafür zu sorgen, daß die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig im Landtag vertreten werde.

17. Sept. Äußerung des dänischen Außenministers Hans Christian Hansen im Außenpolitischen Ausschuß des Folketings zur Lage der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig.

25. Sept. Stellungnahme der Pressestelle der Landesregierung zur Frage der Wahlklausel: »Schiefe Vergleiche«.

Oktober 1954

11. Okt. Wahl Kai-Uwe von Hassels zum schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten.

16. Okt. Auf einer Kreisdelegiertenversammlung der Partei Venstre in Apenrade wird eine Erklärung angenommen, in der als Voraussetzung für Dänemarks Zustimmung zur Aufnahme der Bundesrepublik Deutsch-land in die NATO die Zusicherung von demokratischen Freiheiten für die dänische Bevölkerung im Landesteil Schleswig angesehen wird.

19. Okt. Große Anfrage der Bundestagsfraktion der SPD zum nationalen Minderheitenrecht an die Bundesregierung. 19./20. Okt. Außenpolitische Debatte des Folketings zur Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO. Beinahe alle Parteien sprechen sich für die Aufnahme aus, gleichzeitig wird der Außenminister aber aufgefordert, die dänischen Gesichtspunkte hinsichtlich der Interessen der dänisch-gesinnten Südschleswiger auf der bevorstehenden NATO-Ratsversammlung in Paris vorzubringen.

20. Okt. Folketingsrede des deutsch-nordschleswischen Abgeordneten Hans Schmidt-Oxüll zum Lebensrecht der deutschen und der dänischen Minderheit.

22. Okt. Nach der Erklärung des dänischen Außenministers H. C. Hansen auf der NATO-Ratsversammlung in Paris kommt es zu einem Korridorgespräch mit Bundeskanzler Konrad Adenauer, der erklärt, die Bundesregierung sei bereit, zu einer positiven Lösung der Minderheitenfragen in Schleswig-Holstein beizutragen; er habe bereits Verhandlungen darüber mit Ministerpräsident von Hassel geführt, und man könne erwarten, daß es zu einer befriedigenden Lösung kommen werde.

November 1954

8. Nov. Regierungserklärung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten von Hassel. Vorgeschlagen wird ein Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die beiderseitigen Minderheiten.

9./10. Nov. Landtagsdebatte zur Regierungserklärung.

12. Nov. In einer Rede in Aalborg wendet sich Außenminister H. C. Hansen gegen einen Minderheitenvertrag.

12. Nov. in einer Rede in Aarhus sieht der frühere dänische Außenminister Ole Bjørn Kraft nach Lage der Dinge keinen anderen Weg, »als daß die dänische Regierung jetzt versuchen müsse, Fühlung mit der deutschen Bundesregierung aufzunehmen, und dort Verständnis dafür zu wecken, daß eine Änderung der Bedingungen, unter denen die dänische Minderheit arbeitet, notwendig ist«.

17. Nov. Der Außenpolitische Ausschuß des Folketings spricht sich gegen einen Minderheitenvertrag zwischen Dänemark und Deutschland aus.

17. Nov. In einer Rede in Gentofte erklärt der Vorsitzende des Südschleswischen Vereins (SSV), Niels Bogh Andersen, daß die dänische Minderheit an einem Minderheitenvertrag nicht sonderlich interessiert sei.

18. Nov. Antrag der SPD-Landtagsfraktion betr. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes

30. Nov. Erstes Gespräch zwischen Ministerpräsident von Hassel und Vertretern der dänischen Minderheit in Kiel zur »umfassenden gegenseitigen Orientierung über die gegebene Lage«. In der Unterredung sind »die auf eine Minderheitenvertretung im Land-

Wie es zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen kam

tag abzielenden Wünsche, ferner kulturelle und wirtschaftliche Anliegen der dänischen Minderheit sowie verfassungsrechtliche Fragen eingehend erörtert« worden, die Besprechung habe sich auch auf die Wünsche der deutschen Minderheit in Nordschleswig erstreckt.

Dezember 1954

7. Dez. Entschließung des Grenzpolitischen Rates auf einer Vorstandsitzung in Flensburg zu einer Gesamtregelung der Minderheitenfragen.

7. Dez. Antrag der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, FDP, GB/BHE, DP zur Großen Anfrage der SPD betr. nationales Minderheitenrecht

8. u. 10. Dez. Bundestagsdebatte zur Großen Anfrage der SPD betr. nationales Minderheitenrecht

11. Dez. Rede H. C. Hansens beim Fest des Kopenhagener Journalistenverbandes zum Verhältnis Dänemarks zur Bundesrepublik Deutschland und zu den Minderheitenfragen

14. Dez. »Wunsch nach guter Nachbarschaft« — In einem Artikel in den »Kieler Nachrichten« nimmt Ministerpräsident von Hassel zum deutsch-dänischen Verhältnis Stellung.

20. Dez. Erste Lesung des von der SPD-Landtagsfraktion vorgelegten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes. Mit Rücksicht auf die laufenden Besprechungen ist die SPD mit einer kurzfristigen Zurückstellung des Gesetzentwurfes einverstanden.

29. Dez. Zweites Gespräch zwischen Ministerpräsident von Hassel und Vertretern der dänischen Minderheit. Der Ministerpräsident wird dem Kabinett als Übergangslösung bis zu einer endgültigen Vertretung der Minderheit im Landtag die Bildung eines Beirats für Fragen der dänischen Minderheit vorschlagen, in dem diese angemessen vertreten sein soll. Dieser Vorschlag soll gleichzeitig der Leitung der dänischen Minderheit unterbreitet werden.

Januar 1955

5. Jan. Gespräch des Flensburger Bundestagsabgeordneten Will Rasner (CDU) mit dem konservativen Folketingsabgeordneten Karl Bogholm in Kopenhagen zur Vorbereitung der deutsch-dänischen Verhandlungen

6. Jan. Der dänische Unterrichtsminister Bomholt spricht sich in einer Rede in Tondern für das Examenrecht für die deutschen Schulen in Nordschleswig aus.

6. Jan. Das Landeskabinett stimmt dem Vorschlag des Ministerpräsidenten von Hassel zu, bei der Landesregierung einen Beirat zu bilden.

11. Jan. Der SSW weist von Hassels Vorschlag in einem Schreiben zurück.

15. Jan. Schreiben Karl Bogholms an Will Rasner, in dem mitgeteilt wird, daß das dänische Außenministerium mit den im Gespräch vom 5. Januar gemachten Vorschlägen einverstanden sei.

17. Jan. Bericht Will Rasners an das Auswärtige Amt über den Inhalt des Gesprächs

Februar 1955

2. Febr. Der deutsche Geschäftsträger in Kopenhagen überreicht dem dänischen Staats- und Außenminister H. C. Hansen eine Note, in der die Aufnahme von Verhandlungen über die Probleme der Minderheiten beiderseits der Grenze empfohlen wird.

5. Febr. Unterredungen H. C. Hansens im Staatsministerium mit Vertretern aller Parteien zur deutschen Note

7. Febr. Behandlung der Südschleswig-Frage im britischen Unterhaus in London

Chronologische Übersicht September 1954 bis September 1955

7. Febr. Rede des Ministerpräsidenten von Hassel anläßlich des Oeversee-Gedenkmarsches

9. Febr. Der Außenpolitische Ausschuß des Folketings billigt die dänische Antwortnote. Überreichung dieser Note. Die dänische Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß die vorgeschlagenen Verhandlungen bereits in naher Zukunft aufgenommen werden.

11. Febr. Veröffentlichung der Noten

21./22. Febr. Äußerungen zu den bevorstehenden Minderheitenverhandlungen im Schleswig-Holsteinischen Landtag während der Ersten Lesung des Haushaltsgesetzes

26. Febr. Empfehlungen der außerordentlichen Delegiertenversammlung des Bundes deutscher Nordschleswiger in Tingleff (sog. Tingleffer Empfehlungen)

28. Febr. Eröffnung der deutsch-dänischen Verhandlungen in Kopenhagen

März 1955

5. März Abschluß der Verhandlungen in Kopenhagen mit einem gemeinsamen Kommuniqué

16. März Vollversammlung des Grenzpolitischen Rates in Flensburg

25. März Bedenken von »Danske Samfund« (Erklärung der Hauptvorstandssitzung in Apenrade)

27. März Rede H. C. Hansens zum Verlauf der Verhandlungen in Sonderburg

28./30. März Besuch H. C. Hansens in Bonn

28. März Zum Abschluß der Verhandlungen wird in Bonn von den beiden Verhandlungsführern Dr. Wilhelm Nöldeke und Nils Svenningens ein gemeinsames Protokoll unterzeichnet.

29. März Bundeskanzler Adenauer unterzeichnet die Erklärung der Bundesregierung (Bonner Erklärung), Staats- und Außenminister H. C. Hansens die Erklärung der dänischen Regierung (Kopenhagener Erklärung). Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen werden von allen Seiten begrüßt.

31. März Erklärung von Ministerpräsident von Hassel vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag zu dem Ergebnis der deutsch-dänischen Besprechungen über die Rechte der beiderseitigen Minderheiten und Vorlage eines Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes. Der Landtag begrüßt die Bonner Erklärung.

April 1955

1. April Staats- und Außenminister H. C. Hansen legt die Erklärung über die allgemeinen Rechte der deutschen Minderheit dem Folketing vor. Unterrichtsminister Bomholt legt ein Gesetz vor, durch das das früher erlassene Gesetz betr. private deutschsprachige Schulen in Nordschleswig geändert wird.

13. April Folketingsdebatte zur Kopenhagener Erklärung. Der deutsch-nordschleswische Folketingsabgeordnete Hans Schmidt-Oxüll stimmt der Kopenhagener Erklärung vorbehaltlos zu.

18. April Wahlrede von Hassels in Flensburg

19. April Das Folketing ratifiziert mit 145 Stimmen den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO (dagegen 24 Abgeordnete) und mit 156 Stimmen die Kopenhagener Erklärung (dagegen neun Abgeordnete [acht Kommunisten und die Radikale Ingeborg Refslund Thomsen, Apenrade]) sowie drei Enthaltungen [ein Konservativer und zwei Radikale]

19. April Eine Deputation aus Nordschleswig (»Danske Samfund«) spricht sich in Kopenhagen vor dem Folketingsausschuß gegen das volle Examenrecht für die deutschen Minderheitenschulen aus.

28. April Zweite Lesung des Schulgesetzes im Folketing

Mai 1955

9. Mai Rede H. C. Hansens auf der NATO-Ratsitzung in Paris

11. Mai Die Synode der Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins verabschiedet das Kirchengesetz über den Gebrauch der dänischen Sprache bei Gottesdiensten und Amtshandlungen.

13. Mai Das Kirchengesetz tritt in Kraft.

16. Mai Das Folketing verabschiedet in dritter Lesung das Schulgesetz mit 154 gegen sieben Stimmen (sechs Kommunisten und die Radikale Ingeborg Refslund Thomsen, Apenrade) und bei einer Enthaltung. Ein gegen die deutsche Minderheit gerichtetes Ausnahmegesetz, das ihre deutschen Schulen schlechter gestellt hätte als die dänischen, fällt damit: Sie kann wieder Examensschulen eröffnen.

23. Mai Der Schleswig-Holsteinische Landtag verabschiedet das Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes (Aufhebung der Fünf-Prozent-Klausel für die dänische Minderheit).

24. Mai Das Gesetz über Änderung des Gesetzes über private deutschsprachige Schulen, deutschsprachigen Hausunterricht u. a. in den südjütischen Landesteilen (= Nordschleswig) tritt in Kraft.

31. Mai Das Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes tritt in Kraft.

Juni 1955

1. Juni Der schleswig-holsteinische Innenminister Dr. Dr. Pagel unterrichtet Vertreter der dänischen Minderheit in einem Gespräch über den Gebrauch des Danebros bei den Jahrestreffen. Die Beflaggung wird gestattet. Der Innenminister äußert die »Hoffnung, daß in Nordschleswig bei entsprechenden Veranstaltungen der deutschen Minderheit eine ähnlich großzügige Einstellung gegenüber der Bundesflagge bekundet werde«.

7. Juni Bekanntmachung der Erklärung der allgemeinen Rechte der deutschen Minderheit (Kopenhagener Erklärung)

18. Juni Auf der Hauptversammlung des Bundes deutscher Nordschleswiger in Tingleff bezeichnet der Vorsitzende, Folketingsabgeordneter Hans Schmidt-Oxüll, das Zustandekommen der Bonner und Kopenhagener Erklärungen als »Annäherung an einen natürlichen und gesunden Gleichgewichtszustand«, der die Voraussetzung für die Funktion der Minderheiten als Mittler zwischen den Völkern sei.

23. Juni Der Außenpolitische Ausschuß des Deutschen Bundestages billigt die Erklärung der Bundesrepublik Deutschland über die allgemeinen Rechte der dänischen Minderheit (Bonner Erklärung).

Juli 1955

5. Juli Das Gespräch zwischen der Landesregierung und Vertretern der dänischen Minderheit über eine Übergangslösung führt zu keinem Ergebnis.

6. Juli Der dänische Delegierte Hermod Lannung bittet die deutschen Delegationsmitglieder während der Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarates, bei der Lösung der noch offenen Minderheitenfragen (Übergangslösung) mitzuhelfen.

6. Juli Der Deutsche Bundestag billigt die Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die allgemeinen Rechte der dänischen Minderheit.

18.-21. Juli Privater Besuch von Hassels in Kopenhagen auf Einladung des deutschen Botschafters. Der Ministerpräsident erklärt gegenüber dänischen Politikern, daß die dänische Minderheit die Landesregierung hinsichtlich der Übergangslösung nicht »überfordern« solle.

August 1955

6. Aug. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Wilhelm Käber, schlägt für den Übergang bis zur nächsten Landtagswahl eine neue Lösungsmöglichkeit vor: »An Stelle des Beirates bei der Regierung sollte der Landtag einen besonderen Ausschuß einsetzen, in dem der Minderheit Gelegenheit zur Mitsprache und Mitberatung in den dafür geeigneten Fragen der Landespolitik gegeben wird.«

16.-20. Aug. Dänisch-deutsche Begegnung in der Heimvolkshochschule Magleas bei Kopenhagen; die Vorträge (1956 unter dem Titel »Grænsekampen i ny fase« veröffentlicht) finden starke Beachtung.

September 1955

13. Sept. Der Schleswig-Holsteinische Landtag bildet einen »Ausschuß für Angelegenheiten der dänischen Minderheit« und billigt die Erklärung der Landesregierung vom 13. September 1955 zur Kieler Erklärung und zum Verständigungsausschuß.

An einem kalten Vorweihnachtstage 1954, als die deutsch-dänischen Spannungen in zwischenstaatliche Verhandlungen einzumünden begannen, ging der dänische Redakteur C. J. Bech über den Innenhof des Gebäudes Bredgade 34 in Kopenhagen, guckte schräg zu dem deutschen Hohenhof empor, kletterte die abgenutzten Stufen eines Zwischengebäudes hinauf und klingelte. Er wurde zum Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Wilhelm Nöldeke, geführt, den er interviewen wollte. In seiner Zeitung überschrieb er das Interview: »Der unbekannte Botschafter zieht sich zurück...«.

Dr. Nöldeke war von König Frederik von Dänemark bereits in Abschiedsaudienz empfangen worden. Denn er hatte die Altersgrenze von 65 Jahren überschritten und mußte, obgleich noch im Vollbesitz seiner Arbeitskraft, mit Wirkung zum 31. Dezember 1954 in den Ruhestand treten. (...) Und es war keine Frage, daß nicht nur der König des dänischen Nachbarlandes, sondern auch die Regierung und die höheren Ministerialbeamten in Kopenhagen ihm für sein redliches und unermüdliches Wirken für die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen nach den schweren Erschütterungen der Kriegs- und Nachkriegszeit Dank und Anerkennung zollten. (...)

Der Zufall, daß der alte Botschafter an der Jahreswende 1954/55 Kopenhagen verließ und der neue sein Beglaubigungsschreiben erst am 28. Februar 1955 überreichen konnte, führte zu dem schwierigen Auftrag an den Geschäftsträger, die heraufziehenden deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen diplomatisch vorzubereiten. Geschäftsträger war Botschaftsrat Dr. Carl von Holten. Einer alten Hamburger Familie entstammend, deren Verweigungen aus der Gesamtstaatspraxis nach Dänemark hineinreichten, hatte von Holten nach der nationalsozialistischen Machtübernahme seine Laufbahn als Diplomat für 13 Jahre unterbrechen müssen, eine Zeit, die er in Schweden verbracht hatte. Eine tiefgehende Kenntnis nordischer Atmosphäre und Mentalität, Gewandtheit im Gebrauch der Sprache des Landes, eine konzessionslose Objektivität in der Beurteilung von Menschen und Dingen, nicht am wenigsten schließlich seine gesellschaftliche Stellung in der dänischen Hauptstadt schufen die besten Voraussetzungen für die Erfüllung des Auftrages. (...)

Könnte das Gespräch auf ein Abkommen abzielen? Die dänische Publizistik hielt unerschütterlich an dem Standpunkt fest, daß ein Abkommen nicht in Frage kommen könne. Im Anschluß an die Regierungserklärung Kai-Uwe von Hassels am 8. November 1954 hatte Präsident A. D. Holger Andersen, Vorsitzender des dänischen Grenzerbeites, diesen Standpunkt dahin präzisiert, seit den vergeblichen Verhandlungen des Kabinetts Frijs-Frijsenborg mit Bismarck 1867/68 über die Durchführung des Artikels V des Prager Friedens sei es ein fundamentales Prinzip der dänischen Außenpolitik, sich nicht auf Verhandlungen über ein zwischenstaatliches Abkommen einzulassen, das einer deutschen Regierung vertragliche Möglichkeiten geben könne, sich in innerdänische Angelegenheiten einzumischen. Alle deutschen Gegenargumente, die seit Jahr und Tag vorgebracht wurden, waren also abgeprallt. (...)

Am 11. November 1954 erhob Hassel in einer Stellungnahme zu den ablehnenden dänischen Stimmen der Deutschen Presse-Agentur gegenüber die Frage, was seine Regierungserklärung denn zu dieser Frage beinhalte? Sie bemüht sich um den Nachweis, daß die Fünf-Prozent-Klausel nicht isoliert, sondern nur im Zusammenhang mit einer Reihe ungeklärter Fragen betrachtet werden könne. Aus der Erklärung im Ministerrat der NATO müsse man schließen, daß auch Dänemark eine Vereinbarung wünsche. (...)

Ein Minderheitenabkommen wurde von Dänemark grundsätzlich abgelehnt, war aber andererseits für Schleswig-Holstein keine conditione sine qua non, vorausgesetzt, daß es zu einer anderweitigen umfassenden Regelung komme. (...)

Man wird hier einschalten müssen, daß es ein Leichtes gewesen wäre, die von dänischer Seite erhobene Forderung nach Aufhebung der Fünf-Prozent-Klausel nicht einmal, sondern mehrfach aufzuwiegen, wenn die Möglichkeit bestanden hätte, die Umstände der Rechtsabrechnung und deren immer noch wirksame Folgen zum Gegenstand der offiziellen Erörterung bei den erwarteten deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen zu machen.

Dänemark betrachtet diese Fragen jedoch als Glied eines innerdänischen Vorganges, der mit dem Status der deutschen Minderheiten nichts zu tun hat, und beruft sich dabei auf die Tatsache, daß im Rahmen der Rechtsabrechnung nur für das ganze Land geltende Gesetze erlassen worden sind. Ohne »unter der Hand« die Überzeugung gewonnen zu haben, daß diese Auffassung von deutscher Seite bei Minderheitenverhandlungen respektiert werden würde, hätte Dänemark sich schwerlich auf ein zwischenstaatliches Gespräch eingelassen.

Die »Unter-der-Hand«-Klarung dieser Angelegenheit dürfte vorwiegend durch die Kontakte des Flensburger Bundestagsabgeordneten und Geschäftsführers der CDU-Bundestagsfraktion Will Rasner erfolgt sein. (...)

Wenn also der Rechtsabrechnungsdilemma ausgeklammert werden mußte, so gab es dennoch nördlich der Grenze eine Klauselfrage in Schleswig-Holstein aufwiegende Sperrbestimmung: Die gegen die deutsche Minderheit in Nordschleswig gerichtete Examenklausel. Es ist noch sehr die Frage, was für eine nationale Minderheit, auf lange Sicht gesehen, lebenswichtiger ist, der Zugang zu einer parlamentarischen Vertretung oder die Möglichkeit der Durchführung eines kontinuierlichen, die höhere Schule mit einbeziehenden eigenen Schulwesens. Zumindest dürften diese beiden Interessen, zumal unter den sprachlichen Bedingungen des schleswigschen Grenzlandes, gleichwertig sein.

(...) Von deutscher Seite konnte es sich nur prinzipiell um die Aufhebung der Examenklausel handeln, gleichgültig, ob für die Mittelschulen, mittlere Reife oder Abitur, und ohne Hinblick darauf, ob das deutsche Schulwesen in Nordschleswig für den Augenblick mehr in Anspruch nahm, als das Examenrecht für Mittelschulen.

So etwa stellte die Lage sich, von Kopenhagen gesehen, in der ersten Hälfte des Monats Januar 1955 dar. Abgesehen von der maßgeblichen Beteiligung der liberalen Venstre-Partei an der Entwicklung, die zur Folge gehabt hatte, daß die Problematik auf zwischenstaatlicher Ebene hinaufgehoben worden war, konnte man aber ein starkes konservatives Drängen auf die Kontaktaufnahme mit Bonn beobachten. (...)

Es gelang Rasner, einen Faden von führenden CDU-Politikern in Bonn über den Folketingsabgeordneten Karl Bogholm zu führenden konservativen Politikern in Kopenhagen zu ziehen, was sich auch darin ausdrückte, daß er in der ersten Hälfte des Monats Januar 1955 selbst eine Reise nach Kopenhagen unternahm. Das Neue daran war die Verbindung zwischen zwei bürgerlichen Parteien, denn daß die beiden sozialdemokratischen Parteien enge Verbindungen miteinander unterhalten, ist nicht neu.

Schweigsam wie Graf Moltke: Düsterer Verhandlungsbeginn ...

Wie es zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen kam
Auszug aus dem Buch »Disteln am Wege« von Ernst Siegfried Hansen



WILL RASNER, Flensburg, CDU-Bundestagsabgeordneter von 1953, Parl. Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von 1955 bis 1971

Noch wichtiger aber dürfte die durch Rasner stark beeinflusste Klärung gewisser Begriffe auf offizieller Grundlage gewesen sein. Es handelt sich hier um das Verhältnis des deutschen Wunsches nach einer ausdrücklichen Anerkennung der Grenze zu dem Festhalten Dänemarks an seiner eigenen Auslegung des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts.

Deutschland mußte an der ausdrücklichen Anerkennung der deutsch-dänischen Grenze von 1920 durch Dänemark genau so interessiert sein, wie Dänemark in der Zwischenkriegszeit an der ausdrücklichen Anerkennung dieser Grenze mit Deutschland gewesen war. Die Umkehrung der vollen und kulturellen Offensiv-Richtung kommt darin zum Ausdruck. Wie es aber in der Zwischenkriegszeit aus stimmungsmäßigen Gründen in Berlin nicht ratsam erschienen war, diesen Schritt in aller Form zu tun, so jetzt in Kopenhagen. Was nicht ausschließt, daß weder in der einen noch in der anderen Hauptstadt an eine Antastung der Grenze zu denken war und ist. (...)

Dialektisch hoch begabt, war Rasner sicherlich derjenige unter den Beteiligten, der zuerst und klar erkannte, daß es nur den Weg gab, diese beiden einander bedingenden Forderungen auszuklammern, und daß es bei Verzicht auf ein Minderheitenabkommen vom deutschen Standpunkt aus darauf ankam, ein verträgliches Ergebnis zu erzielen, das für die dänische Regierung akzeptabel war. Die Lösung lag in parallelen Grundsatzklärungen, die nicht formell, aber praktisch voneinander abhängig waren:

Reziproke Willenskundgebungen der beiden Regierungen aufgrund zwischenstaatlicher Absprache unter Zugrundelegung der bestehenden Grenze. Es ist klar, daß hier der Drehpunkt der Gespräche sein mußte.

In politischen Kreisen der dänischen Hauptstadt erwartete man in der zweiten Hälfte des Monats Januar 1955 von Tag zu Tag den Eingang der bundesdeutschen Einladung. Am 2. Februar 1955 konnte sie von dem Geschäftsträger der Deutschen Botschaft, Botschaftsrat Dr. von Holten, überreicht werden. Sie hatte, abgesehen von den Einleitungs- und Schlußformeln, folgenden Wortlaut, der auch in der dänischen Presse veröffentlicht wurde:

»Die Bundesregierung hat die Auswirkungen des Landeswahlgesetzes in Schleswig-Holstein aufmerksam verfolgt. Anlässlich der Beantwortung der großen Anfrage der Fraktion der SPD betr. Nationales Minderheitenrecht hat sie in der 58. Sitzung des Deutschen Bundestags am 8. Dezember 1954 den Wunsch ausgesprochen, daß es der Landesregierung von Schleswig-Holstein gelingen möge, eine alle Teile zufriedenstellende Lösung der Frage einer parlamentarischen Vertretung der dänischen Minderheit zu finden.

Die Bemühungen der Landesregierung, in Beratungen mit Vertretern der dänischen Minderheit zu einer vorläufigen Regelung dieser Frage zu kommen, haben bisher zu einem Erfolg nicht geführt. Andererseits hat der Königliche Dänische Außenminister, Herr H. C. Hansen, auf der NATO-Ratsagung am 22. Oktober 1954 die dänischen Gesichtspunkte in der Südschleswig-Frage vorgetragen und die Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers auf diese Frage gelenkt.

Die Bundesregierung glaubt aber, der Königliche Dänische Regierung vorschlagen zu sollen zu prüfen, ob die Probleme der nationalen Minderheiten beiderseits der Grenze der Bundesrepublik Deutschland und des Königreiches Dänemark den Gegenstand zwischenstaatlicher Besprechungen mit dem Ziel bilden sollten, die Rechte der Minderheiten in geeigneter, noch zu vereinbarend Weise festzustellen.

In dem Bestreben, das gute nachbarliche Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark weiter zu vertiefen, hält die Bundesregierung solche Verhandlungen für nützlich und würde es besonders begrüßen, wenn sie bereits in naher Zukunft aufgenommen werden könnten. (...)

Die dänische Antwortnote enthielt nur einen allgemeinen Hinweis auf die »wohlbekannten grundsätzlichen Gesichtspunkte«. H. C. Hansen ließ am 8. Februar 1955 — nach einstimmigem Beschluß im Außenpolitischen Ausschuß — Botschaftsrat Dr. von Holten zu sich rufen und überreichte ihm die Note, die folgenden Wortlaut hatte:

»Der Vorschlag der Bundesregierung ist einer sorgfältigen Prüfung durch die Königlich Dänische Regierung und die übrigen zuständigen hiesigen Instanzen unterzogen worden. Anlässlich dieser Prüfung sind die auch der Bundesregierung wohlbekannten dänischen grundsätzlichen Gesichtspunkte in bezug auf eine Klärung der Rechte der Minderheiten unter Hervorhebung ihrer entscheidenden Bedeutung wieder einmal zum Ausdruck gebracht worden. Sowohl die Regierung als auch die im Außenpolitischen Ausschuß des Folketings vertretenen Parteien begrüßen mit Genugtuung die von der Bundesregierung in dieser Angelegenheit ergriffene Initiative.

Im Einvernehmen mit den obengenannten politischen Parteien tritt die Königlich Dänische Regierung dem Vorschlag der Bundesregierung unter Bezugnahme auf die oben erwähnten grundsätzlichen Gesichtspunkte bei.

In dem hinzugefügt wird, daß die Königlich Dänische Regierung auch ihrerseits bemüht bleibt, das gute nachbarliche Verhältnis zwischen dem Königreich Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland weiter zu fördern, erklärt sie sich damit einverstanden, daß die vorgeschlagenen Verhandlungen bereits in naher Zukunft aufgenommen werden. (...) Damit waren die deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen eine beschlossene Sache, und die beiden Regierungen benannten folgende Delegationen:

Deutsche Delegation: Dr. Wilhelm Nöldeke, Botschafter a. D., Vorsitzender, Bonn; Dr. Dr. Ernst Kracht, Ministerialdirektor, Kiel; Dr. Josef Mühlentöfer, Vortragender Legationsrat, Bonn; Dr. Wilhelm Holz, Referent im Auswärtigen Amt, Bonn.

Dänische Delegation: Nils Svenningsen, Botschafter, Direktor des dänischen Außenministeriums, Kopenhagen; Frants Hvass, Botschafter, Bonn; Hans Jacob Hansen, Ministerialdirektor, Kopenhagen; Prof. Dr. Troels Fink, Berater des dänischen Außenministeriums für schleswigsche Angelegenheiten, Århus; John Knox, Legationsrat, Kopenhagen; Ole Bjerring, Sekretär im dänischen Außenministerium, Kopenhagen. (...)



ERNST SIEGF. HANSEN, von November 1945 bis Juni 1953 Chefredakteur des »Nordschleswigers«, danach bis zum Tod im April 1980 Korrespondent der Deutschen Presse-Agentur in Kopenhagen

schen Außenministerium, Kopenhagen. (...)

Die deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen begannen am 28. Februar 1955 in Kopenhagen hinter den verschlossenen Türen des dänischen Außenministeriums. Die erste Sitzung am Vormittag dauerte nur zwei Stunden. 15 Minuten später fuhr bei strahlender Wintersonne eine Staatskarosse vor der Deutschen Botschaft in der Bredgade vor. Livrierte Diner in roten Mänteln öffneten die Tür der mit vier Pferden bespannten Staatskarosse und verneigten sich vor dem neuen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Georg Ferdinand Duckwitz. Vor dem Repräsentationsflügel des Schlosses Christiansborg rührte die Königlich Dänische Leibgarde die Trommel, als der Botschafter eintraf, um sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen.

Um den Botschafter zu empfangen, hatte König Frederik von Dänemark sich von Schloß Amalienborg nach Schloß Christiansborg begeben, ein Zeremoniell, das nur angewandt wird, wenn Diplomaten akkreditiert werden, die man besonders zu ehren wünscht. Das feierliche Ereignis fand denn auch große Aufmerksamkeit bei den Kopenhagenern, die sich in der Bredgade und vor Schloß Christiansborg eingefunden hatten. Der Botschafter, der anschließend von Königin Ingrid empfangen wurde, war ihnen ein Begriff: Georg Ferdinand Duckwitz hatte entscheidend dazu beigetragen, [während der deutschen Besetzung von 1940 bis 1945] dem Lande und der Hauptstadt bitteres Leid zu ersparen. (...)

Der Optimismus freilich, der

sich an dem schönen Wintertage bei Beginn der Minderheitenverhandlungen und bei Überreichung des Beglaubigungsschreibens breit machen wollte, schien sich hinter der gepolsterten Ausschüttur in Christiansborg nicht zu recht fertigen. Vielleicht hatte man sich auf dänischer Seite — trotz der andersartigen Aussage der Vorgeschichte — allzu sehr darauf eingestellt, eine Reihe von konkreten Fragen, wenn auch zu beiden Seiten der Grenze, auszuhandeln? Darauf schien es hinzudeuten, daß die dänische Hauptstadt am Morgen nach dem Beginn der Verhandlungen einhellig meldete, diese würden voraussichtlich »heute« zum Abschluß kommen. Und die dänischen Presseleute sahen eine Bestätigung darin, daß auch das offizielle Essen des Staats- und Außenministers für den Abend des zweiten Verhandlungstages angesetzt war.

Was aber hätte ein Ergebnis genützt, das zwar zu einer Bereinigung der Wahlklausel einerseits und der Examenklausel andererseits führte, aber die grundsätzlichen deutschen Anliegen unberücksichtigt ließ und deshalb zumindest in Schleswig-Holstein auf steifen politischen Gegenwind gestoßen wäre?

Wäre etwa der Zweck dieser Begegnung erreicht gewesen, wenn statt der erstrebten Befriedung des Grenzlandes sich neue Spannungen und neue Unruhen ergeben hätten?

Es lag im deutschen, aber auch im wohlverstandenen dänischen Interesse, Komplikationen dieser Art zu vermeiden. Zu dem Ergebnis mußten alle Beteiligten ja sagen können. Unter dieser Voraussetzung — das war der Eindruck, den man bekam — waren die deutschen Delegierten bereit, auch über die Fünf-Prozent-Klausel mit sich reden zu lassen.

Inzwischen ist es kein Geheimnis mehr, daß die deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen am 28. Februar, 1. März und 2. März 1955 an der Klippe zu scheitern drohten, daß die dänische Delegation sich nicht vorstellen konnte, über die Regelung konkreter Fragen hinauszugehen und der Abgabe paralleler Grundsatzklärungen zuzustimmen. Die deutsche Delegation — ein gut zusammenarbeitendes Team — hielt jedoch daran fest. Aber es erforderte unter den obwaltenden Umständen eine bewundernswerte Festigkeit. Es lag in der Natur der Sache, daß Ministerialdirektor Dr. Dr. Kracht, der die Interessen Schleswig-Holsteins vertrat, als der Mann dastand, der den Schwarzen Peter unter keinen Umständen annehmen wollte, und das Spiel machte keinem der Beteiligten Freude.

Die deutschen Delegierten wohnten im Hotel Codan. Sie standen dem Grafen Moltke an Schweigsamkeit nicht nach, aber ihre Gesichtszüge waren düster, und sie saßen dauernd in Beratungen. (...) Am 3. März aber ergab sich eine deutliche Wandlung, und am 4. März begrüßte mich Botschafter a. D. Dr. Nöldeke in der Hotelhalle mit dem heiteren Ausruf: »Sie sehen es unseren Gesichtern an, wie es steht!«

Ging man der Frage nach, wodurch diese Wandlung, die sich nur auf die parallelen Grundsatzklärungen beziehen konnte, eingetreten sein

mochte, so kam man zu folgendem Schluß: Am Nachmittag des 3. März hatte Staats- und Außenminister H. C. Hansen erstmalig maßgebliche Politiker über den Stand der Minderheitenverhandlungen informiert, und offenbar waren sie bereit gewesen, den dänischen Diplomaten, die bis dahin eine gebundene Marschroute hatten, freie Hand zu geben, parallelen Grundsatzklärungen zuzustimmen, statt ohne Rücksicht auf die Interessen der deutschen Minderheit einseitig auf der Umwandlung der Kieler Erklärung in eine Bonner Erklärung zu bestehen, wie es vielleicht der unausgesprochene Gedanke gewesen war.

An dem 4. März schließlich, der Dr. Nöldeke zu dem frohen Ausruf veranlaßt hatte, trat der politische Einschlag noch deutlicher hervor. Nicht nur kamen erneut die Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Parteien des dänischen Folketings zusammen, sondern sie hatten auch jeweils mehrere ihrer Fraktionskollegen mitgebracht, und mehr als einer der nordschleswigschen Parlamentarier verpaßte aus diesem Grunde den Blitzzug ab Kopenhagen um 17.10 Uhr, der eine reiche Fracht munterer Politiker nach Jütland zu bringen pflegt.

In Wirklichkeit stand das günstige Ergebnis der Minderheitenverhandlungen zu diesem Zeitpunkt bereits fest. Das offizielle deutsche Essen am Abend des 4. März, die abschließende Sitzung am Vormittag des 5. März zur Formulierung der Presseverlautbarung und ein Drink um die Mittagszeit zum Abschied waren lediglich ein freundliches Nachspiel. »Es ist eine große Sache für den europäischen Gedanken«, erklärte H. C. Hansen am Tage nach dem Abschluß in Århus, »daß wir uns haben treffen und durch Verhandlungen ein Ergebnis haben erzielen können.« (...)

Das Ergebnis der deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen wurde einer breiteren Öffentlichkeit erst nach der feierlichen Unterzeichnung in Bonn bekannt.

Die Empfehlungen der Delegationen an ihrer Regierung hatten eine Kettenreaktion zur Folge:

1. Die parallelen Grundsatzklärungen über die Rechte der beiderseitigen Minderheiten, als Bonner Erklärungen bekannt, wurden nacheinander am 31. März 1955 vom Schleswig-Holsteinischen Landtag durch einstimmigen Beschluß am 19. April 1955 vom dänischen Folketing mit 156 Stimmen gegen neun bei drei Stimmenthaltungen und am 6. Juni 1955 vom Deutschen Bundestag einstimmig gebilligt. (...)

2. Durch einstimmigen Beschluß des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom 23. Mai 1955 wurde die dänische Minderheit von der Anwendung der Fünf-Prozent-Klausel in § 3 des schleswig-holsteinischen Wahlgesetzes ausgenommen. (...)

3. Am 1. April 1955 brachte der dänische Unterrichtsminister Julius Bombolt im Folketing ein Gesetz ein, durch das § 4 des Schulgesetzes Nr. 412 vom 12. Juli 1946 und des Änderungsgesetzes Nr. 214 vom 7. Juni 1952 aufgehoben werden sollte. Das Gesetz wurde am 16. Mai 1955 mit 154 gegen sieben bei einer Stimmenthaltung angenommen. Bei Beginn des neuen Schuljahres 1956 — nach den Sommerferien — wurde aufgrund dieser Aufhebung des Verbots gegen deutsche Examenstellen deutsche Mittelschulen in Nordschleswig das Examenrecht erteilt, und zwar auch für bereits eingerichtete Mittelschulklassen. (...)

Die Tatsache, daß vieles noch in der Schwebe blieb, ändert nichts an der grundlegenden Bedeutung der deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen. Sie schlossen die Periode deutsch-dänischer Beziehungen ab, die am 9. April 1940 begonnen hatte.

Der Schlußstrich wurde am 29. März 1955 in Bonn gezogen. Der deutsche Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und der dänische Staats- und Außenminister H. C. Hansen unterzeichneten in Gegenwart des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten von Hassel die parallelen Grundsatzklärungen, die in die Geschichte eingehen werden. (...) Sie schufen den gleichen rechtlichen Status für beide Minderheiten, der für die Landesregierung eine Voraussetzung gewesen war.



BUNDESKANZLER KONRAD ADENAUER (rechts) bei der Begrüßung von Staatsminister H. C. Hansen mit dem späteren Vorsitzenden der EWG-Kommission, Prof. Walter Hallstein (Mitte, teils verdeckt)



IM GESPRÄCH: Bundeskanzler Konrad Adenauer, Staatsminister H. C. Hansen, Bundespräsident Theodor Heuss und der dänische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Frants Hvass (v. l. n. r.)

Dänemark war 1949, nachdem die bisherige Doktrin einer Neutralitätspolitik, die sich 1940 als militärisch viel zu schwach untermauert erwiesen hatte, der NATO beigetreten, da die Pläne einer nordischen Verteidigungsgemeinschaft an den unterschiedlichen Auffassungen der Regierungen in Kopenhagen, Oslo und Stockholm scheiterten, wobei vor allem die Norweger frühzeitig für einen Beitritt in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft unter amerikanischem Schirm plädierten. Dänemark wollte sich nun militärisch vor dem großen Nachbarn im Süden schützen, der zwar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges am Boden zerstört war, von dem man aber damals noch nicht wissen konnte, wie das weitere Schicksal Deutschlands (Wiedervereinigung oder nicht) ausgehen würde.

Am 31. Januar 1947 hatte die dänische Regierung in einem Memorandum an die Alliierten von einer deutschen Wiederbewaffnung scharf Abstand genommen. »Die dänische Regierung geht davon aus, daß effektive Maßnahmen getroffen werden, um zu verhindern, daß die deutsche Jugend wieder militärisch ausgebildet wird. Dänemark hat ein besonderes Interesse an einer völligen Abrüstung Deutschlands und daran, daß der deutsche Militarismus für immer verschwindet«, hieß es im Memorandum, doch die großpolitische Wetterlage veränderte sich schnell: schon frühzeitig erkannten Amerikaner und Briten die Notwendigkeit, das freie Deutschland in das westliche Bündnis der Demokraten einzugliedern. 1951 — also nach Ausbruch des Korea-Krieges — beschloß das Folketing ein Protokoll, »wonach auch deutsche Truppen an der Errichtung einer gemeinsamen europäischen Verteidigung beteiligt werden sollen«.

Bereits im Mai 1952 war in Bonn ein »Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten« (Deutschland-Vertrag) unterzeichnet worden, der ein vereintes Deutschland anstrebte und gleichzeitig mit dem Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in Kraft treten sollte, doch als Ende August 1954 die französische Nationalversammlung in Paris den EVG-Vertrag nicht unterzeichnete, weil die Franzosen die Bedrohung durch den ehemaligen Verbündeten Sowjetunion zunächst geringer einschätzten, wurde auch der Deutschland-Vertrag nicht wirksam. Nun wurde statt dessen der deutsche NATO-Beitritt in Aussicht genommen, womit die Besatzungszeit als beendet angesehen werden und die Bundesrepublik ihre — danach nur noch geringfügig eingeschränkte — Souveränität erhalten sollte.

Das war die großpolitische Situation 1954, als nun auch das dänische Folketing endgültig Stellung nehmen sollte.

Das deutsch-dänische Verhältnis war ja durch die Existenz der beiden Minderheiten besonders kompliziert: die dänische Minderheit, die nach 1945 auf knapp 100.000 Stimmen angewachsen war und die nach Kieler Ansicht grenzüberschreitende Ziele verfolgte, war 1954 bei der Landtagswahl mit 42.242 Stimmen an der Fünf-Prozent-Sperrhürde des Kieler Landtages gescheitert, was besonders auf reichsdänischer Seite die Behandlung der dänischen Minderheit als ungerecht erscheinen ließ, da die deutsche Minderheit 1953 mit »nur« 9.721 ein Folketingsmandat gewonnen hatte.

Der frühere SPD-Bundeskanzler Willy Brandt hat in seinen Erinnerungen »Links und frei« wie folgt über die damalige Lage im deutsch-dänischen Grenzland berichtet: »Die Grenzfrage schien wieder in Bewegung zu kommen. Die Organisationen der dänischen Minderheit schwellen stark an. Deutsche Polemik gegen das 'Speckdäntum' erfaßt aber nur einen Teil der Wirklichkeit; wie es auch eine dänische Übertreibung war, alle Angehörigen der deutschen Minderheit nördlich der Grenze für das Verhalten der Besatzungsmacht verantwortlich zu machen. In Dänemark forderten aktivistischen Kreise eine Grenzverschiebung. Teile der Widerstandsbewegung machten sich dieses Ziel zu eigen. Die Anhänger im Süden wurden mit erheblichen materiellen Zuwendungen bedacht. Sie lösten in der Tat den Verdacht aus, hier sollten Stimmen ge-

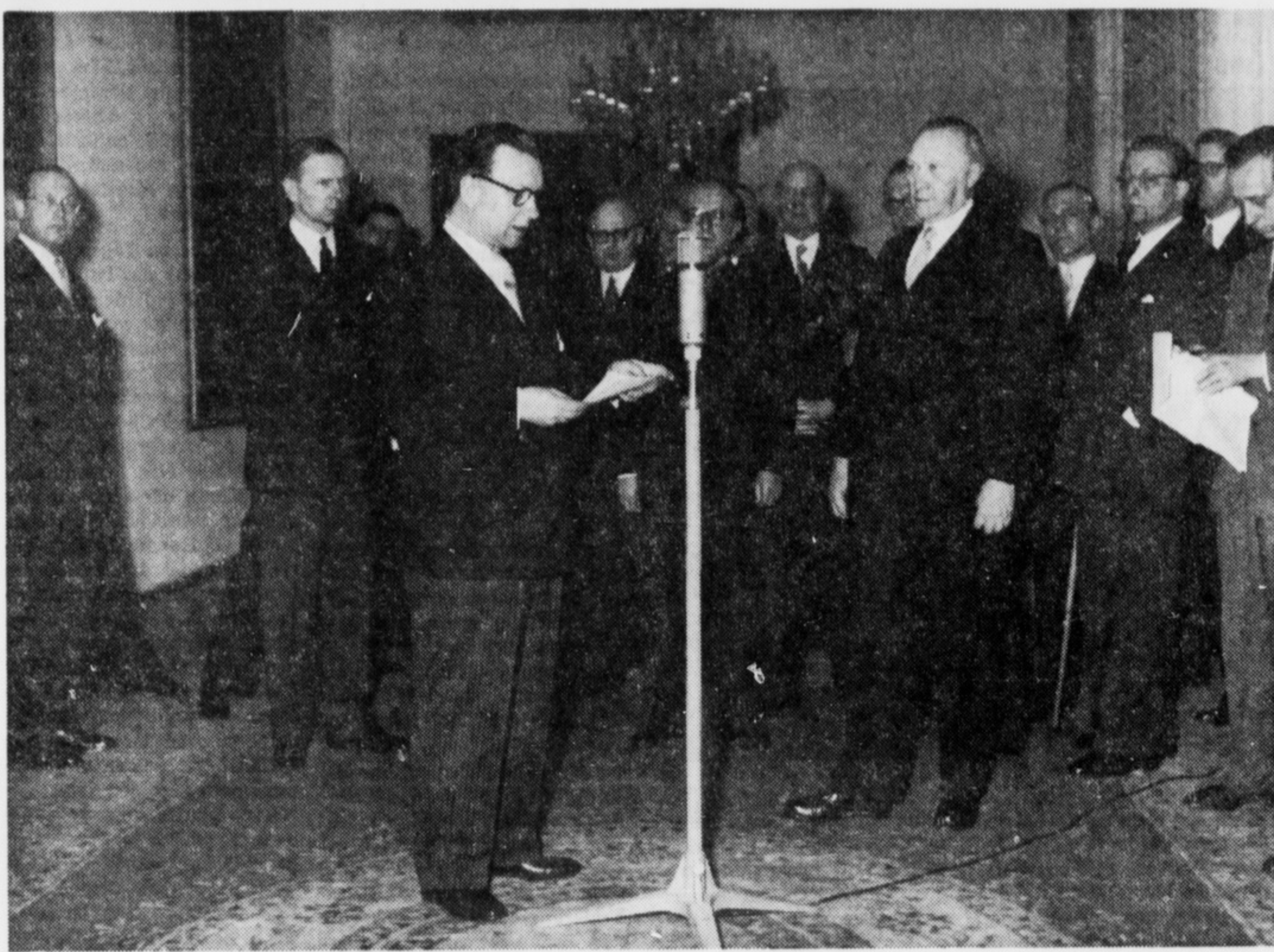
kauft werden. Nach dem Ersten Weltkrieg hatten die Parteivorsitzenden Stauning und Wels die Grenzfrage entschärft. Jetzt waren es auf beiden Seiten wieder Sozialdemokraten, die sich um Verständigung bemühten«, berichtete Brandt, der im Streit um die Flensburger SPD mit dem dänischen Parteivorsitzenden Hans Hedtoft (der in dieser Zeit noch mit dem Gedanken liebäugelte, Flensburg und Umgebung in Dänemark einzugliedern!) vermittelte, der — so Brandt — »vor Wut schäumte«, weil SPD-Vorsitzender Kurt Schumacher im Juni 1946 die Auflösung der Flensburger SPD verkündet hatte, weil die Mehrheit der damaligen Parteiorganisation der dänischen Minderheit angehörte. Erst 1954 fand die »Wiedervereinigung« der Flensburger SPD statt.

In dieser auch grenzlandpolitisch sehr angespannten Lage sollte das Folketing am 19. Oktober 1954 über das Verhandlungsmandat entscheiden, das Außenminister Hans Christian Svane — kurz vor H. C. Hansen — für die NATO-Ratssitzung am 22. Oktober erhalten sollte. Der aus Aarhus stammende gelernte Typograf war als erster Sozialdemokrat und Nichtakademiker am 30. September 1953 Außenminister in der sozialdemokratischen Minderheitsregierung Hans Hedtoft geworden, die nach der Folketingswahl am 22. September 1953 die bisherige Minderheitsregierung Erik Eriksen (V) bestehend aus Venstre und Konservativen abgelöst hatte. Die Sitzverteilung im Parlament war damals: Sozialdemokratie (74), Radikale (14), Konservative (30), Venstre (42), Retsforbundet (6), Kommunisten (8), vier nordatlantische Abgeordnete und Hans Schmidt-Oxbyll von der Schleswigschen Partei!

H. C. Hansen, 1939 Parteisekretär der Sozialdemokraten, von der deutschen Besatzungsmacht auf die schwarze Liste gesetzt, diente während der Besatzung sozusagen als »Verbindungsoffizier« zum Freiheitsrat der Widerstandsbewegung und war Finanzminister in der Befreiungsregierung gewesen, mußte eine schwierige innen- und außenpolitische Situation meistern; denn der Widerstand in der Bevölkerung aber auch in den eigenen Reihen gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands war sehr stark; Hunderttausende demonstrierten und protestierten gegen eine deutsche NATO-Mitgliedschaft; darunter auch viele Widerstandskämpfer. Außenpolitisch war es für die dänische Sozialdemokratie nicht gerade leicht, die dänische Zustimmung für den deutschen NATO-Beitritt zu finden, da sich gleichzeitig in Bonn die deutsche SPD (wegen der Wiedervereinigungshoffnungen) gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland wandte.

Am 28. September 1952 hatte der inzwischen amtierende Staatsminister Hedtoft in einer Rede in Odense auf dieses Problem hingewiesen: »Eine sofortige deutsche Beteiligung an der Verteidigungs-Zusammenarbeit der westlichen Welt durchzuzwingen gegen den Widerstand der deutschen Arbeiterklasse, weil sie jede Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung ernsthaft prüfen will, ist keine kluge Politik.« Und noch wenige Tage vor der Folketingsdebatte — am 9. Oktober 1954 — hatte der deutsche Gewerkschaftskongreß mit 391:4-Stimmen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik abgelehnt!

Die nordschleswigschen Venstre-Abgeordneten Jørgen Gram und Fr. Heick nutzten die Debatte am 19. Oktober, um den Außenminister auch auf die schwierige Situation der dänischen Minderheit hinzuweisen, die nach ihrer Ansicht deutschem Druck ausgesetzt war. Sie baten H. C. Hansen um Fürsprache zugunsten der dänischen Minderheit. Das Ei des Kolobus wurde gefunden: es fiel — wie der Historiker Paul Hammerich schrieb — »eine saftige Apfelsine in den Turban von H. C. Hansen«, denn der Entschliebungsantrag, den der Sozialdemokrat Poul Hansen (Kalundborg) auch im Namen des früheren konservativen Außenministers Ole Bjørn Kraft und des Venstre-Sprechers Thorvald Kristensen einbrachte, forderte mit 133:22-Stimmen bei sechs Enthaltungen den Außenminister dazu auf, »in Paris die Zustimmung zur Aufnahme Deutschlands in das



OFFIZIELLER AUGENBLICK in Bonn: Staatsminister H. C. Hansen (links) gibt die dänische Regierungserklärung für die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig ab, Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer (rechts) für die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig

Unentschieden oder 3:1-Sieg?

Die innen- und außenpolitische Situation Dänemarks vor dem deutschen NATO-Beitritt und vor den Verhandlungen über die Bonn-Kopenhagener Erklärungen
H. C. Hansens staatsmännische Leistung
Von Chefredakteur Siegfried Matlok

dm. In Bonn werden am Freitag Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann, die dänische Innenministerin Britta Schall Holberg, der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Widenlocher, und Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Dr. Uwe Barschel gemeinsam mit Vertretern der deutschen und dänischen Minderheit den 30. Jahrestag der sogenannten Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom 29. März 1955 groß feiern. Die Minderheiten sind anläßlich dieses Jahrestages sogar mit einer Sonderbriefmarke geehrt worden. Von dänischer Seite ist teilweise Kritik an diesen Festlichkeiten geübt worden, weil sich der Geist dieser Minderheitenerklärungen nach 30 Jahre nach den Beschlüssen des dänischen Folketings, des Deutschen Bundestages und des Schleswig-Holsteinischen Landtags in manchen Einzelfragen noch nicht

westliche Verteidigungsbündnis mitzuteilen, zugleich aber auf der NATO-Ratssitzung die dänischen Gesichtspunkte über die Interessen der dänisch-gesessenen Südschleswiger vorzutragen. Es war also mit anderen Worten aus Kopenhagener Sicht ein Junktim zwischen dem dänischen Ja zur deutschen NATO-Mitgliedschaft und der Rücksichtnahme auf die Interessen der dänischen Minderheit südlich der Grenze hergestellt, da der NATO-Beschluß über die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland eine Einstimmigkeit voraussetzte! Der Außenminister sollte — wie es hieß — klarmachen, »daß es als eine Voraussetzung für die dänische Zustimmung zur Aufnahme der Bundesrepublik in dieses demokratische System betrachtet werden muß, daß man von westdeutscher Seite Demokratie gegenüber der dänischen Minderheit praktiziert«.

H. C. Hansen, der diese Gesichtspunkte auf der NATO-Ratssitzung — unterstützt vom norwegischen Außenminister Halvard Lange vortrug — führte anschließend das berühmte Korridor-Gespräch mit dem als Observateur an der Pariser Sitzung teilnehmenden Bundeskanzler, der nach der Unterredung — wobei es ja in erster Linie um die Fünf-Prozent-Sperrklausel ging — vor Journalisten erklärte, daß er gemeinsam mit dem neuen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hasel (CDU) eine Lösung der strittigen Fragen erwarte.

Auf deutscher Seite — besonders in Kiel — war man zwar in gewisser Weise zum Einlenken bereit, aber die Landesregierung empfand in dieser Situation natürlich auch eine besondere moralisch-politische Verpflichtung gegenüber der deutschen Minderheit, wollte deshalb eine grenzüberschreitende Gegenseitigkeit im Geben und Nehmen. Dies akzeptierte auch — sicherlich an vielen Stellen zahnknirschend — die dänische Seite, nachdem Bonn signalisiert hatte, daß man auf die ursprüngliche Forderung eines deutsch-dänischen Minderheiten-Vertrages verzichten wollte, was Dänemark schon 1921 strikt abgelehnt hatte vor dem Hinter-

grund der schlechten historischen Erfahrungen nach 1864 und dem Artikel V des Prager Friedens. Auch die deutsche Forderung, die dänische Minderheit solle — wie die deutsche Volksgruppe nach 1945 — eine Loyalitätserklärung abgeben, also die Grenze als endgültig anerkennen, mußte wegen des dänischen »Nein« aufgegeben werden.

Maßgeblich am Zustandekommen deutsch-dänischer Verhandlungen beteiligt war dabei der Flensburger CDU-Abgeordnete Will Rasner, ehemaliger Redakteur des »Flensburger Tageblatts«, der über enge Kontakte zum konservativen Folketingsabgeordneten Redakteur Karl Bøgholm verfügte. Mit Bøgholm, der 1920 noch leitendes Mitglied der dänischen Flensburger-Agitation war, hat Rasner wichtige Weichenstellungen vorbereitet; vor allem nach einem Treffen mit Bøgholm in Kopenhagen am 15. Januar 1955 in Kopenhagen, wo sich bereits die Konturen der späteren Erklärungen abzeichneten.

Die Verhandlungen der deutschen und dänischen Delegation begannen am 28. Februar in Kopenhagen, nachdem die dänische Regierung eine entsprechende Note der Bundesregierung mit dem Wunsch um Verhandlungen positiv beantwortet hatte. In der deutschen Delegation unter Leitung von Botschafter A. D. W. Nöldeke saß mit dem Vortragenden Legationsrat J. Mühlenhöver der Leiter des Völkerrechtsreferats im Auswärtigen Amt und als Vertreter der schleswig-holsteinischen Landesregierung, Dr. Kracht, der aber — im Gegensatz zu Dr. Gäde (Kiel), der zeitweise als Berater in Schulfragen teilnahm — von der dänischen Seite wegen seiner nationalsozialistischen Vergangenheit als »schwere Belastung« empfunden wurde. Der Bundeskanzler schickte aber just in diesen Tagen den früheren Schiffahrtssachverständigen an der deutschen Gesandtschaft in der dänischen Hauptstadt, Georg Ferdinand Duckwitz, als neuen Botschafter nach Kopenhagen; eine persönliche Geste, die auf dänischer Seite u. a. durch einen persönlichen Empfang von König Frederik IX. hoch anerkannt wurde, denn Duckwitz

richtig durchgesetzt hat. Aber bei aller Kritik, die es ja auch in den Reihen der deutschen Minderheit gibt, sollte man sich doch einmal vor Augen führen, was 1955 zwischen Bonn und Kopenhagen ausgehandelt wurde, denn knapp zehn Jahre nach der gewaltsamen deutschen Besetzung Dänemarks, die damals dunkle Schatten auf die Beziehungen beider Länder warf und auch das Verhältnis zwischen dem dänischen Staat und der deutschen Minderheit schwer belastete, sollte in Kopenhagen über die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland entschieden werden, eine der wichtigsten Entscheidungen der neueren dänischen Geschichte, die unmittelbar auch mit der Grenzlandpolitik verknüpft war!

galt als der Vertreter des neuen demokratischen Deutschlands, hatte er doch entscheidend an der Rettungssaktion für die dänischen Juden 1943 nach Schweden mitgewirkt! Duckwitz selbst gehörte der Verhandlungsdelegation nicht an, wird aber hinter den Kulissen eine bedeutende Rolle gespielt haben.

Daß beide Minderheiten nicht am Verhandlungstisch saßen, war gewiß kein Zufall. Natürlich standen beide Minderheiten in ständigem Kontakt zu ihren »jeweiligen« Regierungen, aber direkt beteiligt wurden sie nicht, was in beiden Hauptstädten wohl taktisch als Vorteil betrachtet wurde, was aber in beiden Minderheiten doch »leise« Kritik auslöste.

Die schließlich am 28. März in Bonn ausgehandelten Bonn-Kopenhagener Erklärungen, die am 29. März von Bundeskanzler Adenauer und Staats- und Außenminister H. C. Hansen (seit dem 1. Februar 1955 auch Staatsminister, nachdem der bisherige Regierungschef Hedtoft am 31. Januar einem Herzschlag in einem Stockholmer Hotel erlegen war, wo er an einer Sitzung des Nordischen Rates teilgenommen sollte) im Bonner Bundeskanzleramt unterzeichnet wurden, waren keine völkerrechtlichen Verträge, aber auf der Grundlage des Artikels 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention war die entscheidende Aussage der im Wortlaut fast identischen Erklärungen, daß die Gesinnung der Mitglieder der deutschen und dänischen Minderheit »von Amts wegen nicht bestritten und nicht überprüft werden darf«. Deutscher ist, wer Däne sein will, Däne ist, wer Däne sein will, so lautete danach die »Magna Charta«, das Grundgesetz der Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland. Die Erklärungen waren zwar »nur« eine Bestätigung der (Bürger-)Rechte als Mitglieder der Minderheiten südlich und nördlich der Grenze, aber beide Seiten hatten auch politische Absichtserklärungen abgegeben, die von großer Wichtigkeit für die parlamentarische Annahme dieser Erklärungen waren. Kiel versprach, die dänische Minderheiten-Partei von der Fünf-

Prozent-Sperrklausel zu befreien, die Examenrechte für die dänische Minderheitenschule einzuführen und die Schulzuschüsse auf 80 Prozent zu erhöhen, und auf dänischer Seite billigte man der deutschen Minderheit ebenfalls die Examenrechte für ihre privaten Schulen zu. Die Forderung nach Beseitigung der Folgewirkungen der Rechtsabrechnung, die von deutsch-nordschleswiger Seite ebenso erhoben wurde wie die Bildung eines Grenzlandausschusses, dem Vertreter der beiden Mehr- und Minderheiten sowie der Regierungen angehören sollten, war von dänischer Seite in den Verhandlungen abgelehnt worden, und an die Zwei-Prozent-Sperrklausel im dänischen Wahlgesetz dachte wegen des damals noch sicheren deutschen Folketingsmandats keiner!

Das Hamburger Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« bezeichnete das Ergebnis der Verhandlungen als dänischen 3:1-Sieg!

Nun begann in Kopenhagen das parlamentarische Ringen; einmal um die Ratifizierung des Protokolls der Pariser Verträge und zum anderen um den Beschluß des Folketings, der vom Staats- und Außenminister abgegebenen Erklärung »über die allgemeinen Rechte für Personen, die zur deutschen Volksgruppe in Nordschleswig gehören« zustimmen.

Die anti-deutschen Ressentiments aus der Nazi-Zeit spielten natürlich eine große Rolle in dieser leidenschaftlichen Debatte, in der es immer wieder zu heftigen Zusammenstößen zwischen dem Staats- und Außenminister und dem Kommunisten-Führer Aksel Larsen kam, der selbst längere Zeit in einem deutschen Konzentrationslager schwer mißhandelt worden war. H. C. Hansen stieß als sozialdemokratischer Parteivorsitzender auf heftigen Widerstand in den eigenen Reihen, denn eine Gallup-Umfrage ergab am 1. April 1955, daß nur 25 Prozent seiner Wähler für die deutsche NATO-Mitgliedschaft waren; der Rest war dagegen! Und in der Gesamtbevölkerung gab es mit 37:29 Prozent eine Mehrheit gegen die deutsche Wiederbewaffnung!

Eine große Hilfe für H. C. Hansen wurde in diesen Tagen der sozialdemokratische Abgeordnete Frode Jakobsen, der zu den führenden dänischen Widerstandskämpfern während der deutschen Besatzung zählte und nach 1945 Minister in der Befreiungs-Regierung war. Er wandte sich bei der 1. Lesung der Ratifizierung »gegen« den schlimmen Mißbrauch meiner toten Kameraden, die im Kampf für die Freiheit gefallen sind«. Frode Jakobsen begründete sein JA zum deutschen NATO-Beitritt u. a. mit den denkwürdigen Worten: »Man appelliert an die dänische Widerstandsbewegung. Ich habe selbst in den dunkelsten Stunden der deutschen Besatzung meines Landes nie gefühlt, daß wir gegen Deutschland kämpften, sondern die richtige Perspektive war, daß der Kampf gegen Hitler auch ein Kampf für die Befreiung Deutschlands war.« Nach Ansicht Jakobsens »geht der Weg zur Entspannung nur über eine deutsche Wiedervereinigung in Freiheit«.

Der nordschleswigsche Venstre-Abgeordnete Jørgen Gram, der für den NATO-Beitritt und für die Minderheiten-Erklärungen war, äußerte folgende Befürchtung: »Obwohl der Kanzler eifrig westeuropäisch eingestellt ist und es viele brave Demokraten in Deutschland gibt, gibt es doch keine Beweise dafür, daß sich die Psyche des deutschen Volkes und die deutsche Verwaltung von gestern wesentlich verändert haben.« Gegen die kommunistische Verdächtigung, eine wiederbewaffnete Bundesrepublik werde bald einen neuen Krieg starten, wandte sich der Staats- und Außenminister: »Wer behauptet, daß die Deutschen bei Wiederbewaffnung die erste Gelegenheit nutzen werden, um mit militärischen Mitteln ihre Wiedervereinigung zu erlangen, und daß dies nur Feigen Papier ist wie der traurige deutsch-dänische Nichtangriffspakt vor dem Zweiten Weltkrieg, der tut unrecht, wenn er die heutigen Staatsmänner der Bundesrepublik mit denen des kriegswütigen Deutschlands identifiziert.« Und H. C. Hansen fuhr fort: »Wir sollten nicht vergessen, was wir erlebt haben, aber wir sollten die richtigen Schlüsse aus der Vergangenheit ziehen, und es ist für mich eine große Frage, ob wir es nicht versäumt haben, in den Jahren vor dem Krieg den demokratischen Kräften in Deutschland genügend Stütze zu geben, so daß man die extremen Kräfte hätte verhindern können, die aus der Machtergreifung der Nazis resultierten. Durch das Angebot einer weitgehenden Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland und durch ihre Aufnahme als gleichberechtigten Partner im demokratischen Kreis der Westmächte leisten wir den besten Beitrag, damit sich eine solche nationalsozialistische Katastrophe in Deutschland nicht mehr wiederholt!«

Die Frage einer Volksabstimmung über den deutschen NATO-Beitritt — in den Tagen der parlamentarischen Behandlung richteten u. a. 100 Kopenhagener Musiker einen schriftlichen Protest gegen die deutsche Wiederbewaffnung — lehnten die drei großen Parteien — Sozialdemokraten, Konservative und Venstre — geschlossen ab, und für H. C. Hansen mögen dabei nicht nur die innenpolitischen Schwierigkeiten eine Rolle gespielt haben, sondern sicher auch die außen- und sicherheitspolitische Erkenntnis, die »deutsche Karte nicht zu überreizen«, denn ihm war natürlich klar, daß Dänemark aufgrund der übergeordneten großpolitischen Interessen sich nicht auf Dauer einer deutschen NATO-Mitgliedschaft würde widersetzen können und so vielleicht in eine Situation geraten könne, wo Dänemark dann aus der NATO austreten müsse, was aber nicht in dänischem Interesse liegen konnte!

Die am selben Tage stattfindende 1. Lesung über die Minderheitenerklärungen war nach Ansicht des Kommunisten Aksel Larsen (dessen Frau von der Insel Als stammte) nur ein Versuch der Regierung, »sich bestmögliche Bedingungen für die Ratifizierung des deutschen NATO-Beitritts zu verschaffen«. Aksel Larsen lehnte die Erklärung der dänischen Regierung für die Mitglieder der deutschen Minderheit als »innerlich überflüssig« ebenso ab wie die vorgeschla-

gene Änderung des Paragraphen 4 im dänischen Schulgesetz vom 12. Juli 1946/ 7. Juni 1952, wonach den deutschen Privatschulen in Nordschleswig die Examenrechte zuerkannt werden sollten. Während verglich er den Empfang, den Bonn dem Staats- und Außenminister am 29. März bereitet hatte (wo im Bundeskanzleramt ein Beamter des Bundesgrenzschutzes salutierte!) mit dem Empfang, den Hitler-Deutschland Ende 1941 dem damaligen dänischen Außenminister Erik Scavenius gegeben hatte, als dieser in Berlin für Dänemark den Antikomintern-Pakt unterschrieb!

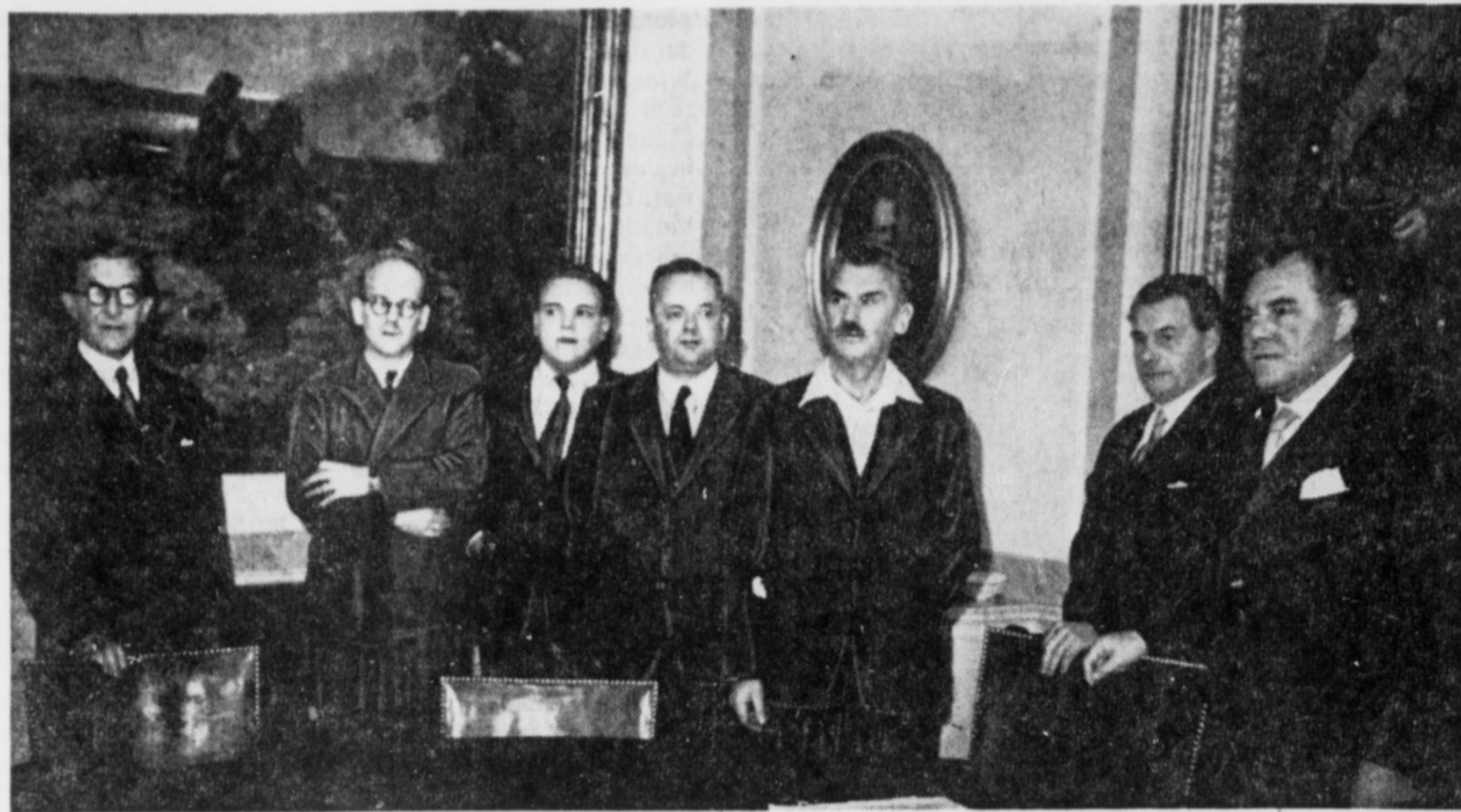
Das nordschleswigsche Venstre-Mitglied Jørgen Gram: »Ich hoffe, daß sich der Geist, der Triebfeder der Bonn-Verhandlungen und der Erklärungen gewesen ist, nun in allen Beziehungen zwischen dem dänischen und dem deutschen Volk durchsetzt.« Der Konservative Karl Bøgholm: »Wir haben mit Zufriedenheit neue Töne aus der deutschen Minderheit vernommen, und die Erklärungen sind als eine ausgestreckte Hand zu betrachten.«

Der Folketingsabgeordnete Hans Schmidt-Oxbyll, vertrat die Ansicht, daß es die Fortschritte im Grenzland waren, die diese Gespräche zwischen beiden Regierungen erst ermöglicht hätten. Er gab den Erklärungen seine »unvorbehaltene Zustimmung« unter Hinweis auf die europäischen Menschenrechtskonvention und sagte, daß die bisherige Verweigerung von Examenrechten für die deutschen Privatschulen in Nordschleswig eine Verhinderung eines »kontinuierlichen Unterrichts« dargestellt hätten. Er bedauerte, daß der Wunsch der Minderheit nach einem Grenzlandauschuß nicht realisiert werden konnte, stellte aber fest, daß nun »ein glücklicher Status für beide Minderheiten zustande gebracht worden ist«.

Ausgerechnet die Abgeordnete der Radikalen Venstre, Frau Ingeborg Refslund-Thomsen, Apnæde, Tochter des berühmten Dänen-Führers H. P. Hansen und Ehefrau des gerade nach 1945 gegenüber der deutschen Minderheit so liberalen Amtmannes, kritisierte die Examenrechte und sprach vor dem Hintergrund der Minderheitenerklärung von »einer Verständnis-Offensive des Staatsministers«. Sie befürchtete, daß ein neues Deutsches Gymnasium einen »neuen Grenzkampf auslösen würde«. — Der Sozialdemokrat Jens Bladt aus Guderup auf Als, der ebenso wie andere nordschleswigsche Abgeordnete vor 1920 die deutsche Schule besucht hatte, erklärte im Folketing: »Es gibt welche, die wegen eines neuen Deutschen Gymnasiums besorgt sind. Man fürchtet, daß dies eine Bastion werden kann als Ausgangspunkt eines deutschen Vorstoßes gen Norden. Ich teile nicht diese Auffassung. Die nationale Überzeugung ist tief in der Bevölkerung verankert. Sie war nie und wird nie eine Handelsware. Der nationale und kulturelle Wettbewerb südlich und nördlich der Grenze geht weiter, aber ich begrüße jeden Schritt auf dem Wege des Verständnisses mit Zufriedenheit, und ein solcher Schritt ist diese Lösung.«

H. C. Hansen betonte, die Art und Weise, »wie eine Minderheit behandelt wird, könne sehr wohl das Symbol der künftigen Zusammenarbeit innerhalb der NATO sein.« »Sowohl die dänische Regierung als auch Bonn — im Einvernehmen mit der Landesregierung — haben mit den Erklärungen ihre Erwartung zum Ausdruck gebracht, daß alle in Frage kommenden Instanzen sich bestreben werden, die Rechte der Minderheiten zu achten und schützen.«

H. C. Hansen dankte dem Abgeordneten Schmidt-Oxbyll für »seine bescheidene Rede« und betonte: »Die Regierung hofft und glaubt, daß es ohne Kleinlichkeit gelingt, die Prinzipien im täglichen Leben des Grenzlandes zu verwirklichen, so daß die Minderheiten künftig beide Länder näher bringen werden und durch einen friedlichen Wettbewerb dazu beitragen, das Verständnis und den Respekt für beide Nationen und für ihre kulturellen Eigenarten zu vertiefen.« Und H. C. Hansen fuhr fort: »Wo- rauf es jetzt ankommt, ist die Durchführung dieser Grundsätze im Alltag. Mit anderen Worten: die richtige Gesinnung und den guten Willen bei den



VORLÄUFER DER KOPENHAGENER ERKLÄRUNG: das Kopenhagener Protokoll aus dem Jahre 1949 bildete ebenso wie die Kieler Erklärung südlich der Grenze die Grundlage für die späteren Minderheiten-Erklärungen. Unser Bild zeigt die Verhandlungsdelegation des Bundes deutscher Nordschleswiger u.a. mit Dr. Niels Wernich, Jes Schmidt und Ernst Siegfried Hansen im Staatsministerium mit Regierungschef Staatsminister Hans Hedtoft (rechts)

Behörden, nicht zuletzt bei den lokalen Behörden!«

Am 19. April 1955 wurde der deutsche NATO-Beitritt, den ein 17köpfiger Parlaments-Ausschuß mit den drei nordschleswischen Abgeordneten Teichert (Sozialdemokratie), Fr. Heick und Gram (beide Venstre) schon am 15. April zur Annahme empfohlen hatte, in zweiter und letzter Lesung mit 145:24 Stimmen ratifiziert.

Dafür votierten Sozialdemokraten, Venstre, Konservative, während Radikale und Kommunisten gemeinsam mit einigen Abgeordneten der Rechtsstaatspartei (in dieser Frage geteilt) dagegen stimmten. Ein Änderungsvorschlag der Radikalen Venstre (Jørgen Jørgensen/Lejre), die Frage einer deutschen NATO-Mitgliedschaft in einer Volksabstimmung entscheiden zu lassen,

wurde mit 135:28 Stimmen verworfen!

Die Kopenhagener Minderheitenerklärung wurde am gleichen Tage in zweiter und letzter Lesung mit 156 (inclusive Schmidt-Oxbüll) bei neun Gegenstimmen verabschiedet. Die Gegenstimmen kamen von den acht Kommunisten und von der Radikalen Ingeborg Refslund Thomsen, wobei ihre Ablehnung gewiß auch mit der Unzufriedenheit national-dänischer Kreise in Nordschleswig zusammenhing, die Anspruch auf Informationen und Konsultationen zu haben glaubten, was H. C. Hansen aber bewußt vermied, um nicht die deutsch-dänischen Verhandlungen durch kleinkarierte Einzelfragen »zu verzetteln«. Drei Abgeordnete Clausen-Olufskjær (Konservativ) sowie zwei Radikale enthielten sich der Stimme! Zuvor hatte der Kommunist Aksel Larsen noch einmal das Wort ergriffen, um einen Änderungsvorschlag mit folgender Formulierung einzubringen: »Indem das Folketing beschließt, daß die Behandlung der deutschen Minderheit in Nordschleswig von einer solchen Art ist, daß eine dänische Erklärung überflüssig ist, geht das Parlament zum nächsten Punkt der Tagesordnung über.« Der Staats- und Außenminister ging noch einmal ans Rednerpult, lehnte diesen Antrag ab und warf dem Kommunisten vor, »er spiele sich auf wie ein nationaler Ritter im

Namen der nordschleswischen Bevölkerung.« Aksel Larsens Antrag wurde mit 158:8 niedergestimmt — der deutsch-nordschleswische Abgeordnete Schmidt-Oxbüll enthielt sich der Stimme, um sich nicht in innerdänische Angelegenheiten einzumischen!

Just in jenen Tagen, da ein Meierei-Streik das Land lahmlegte, als 1.200 Meiereien die Milchannahme verweigerten, hatte H. C. Hansen »ein schönes Beispiel von Staatsmanns-Kunst« geliefert, wie es der damalige Chef des dänischen Außenministeriums, Botschafter Nils Svenningsen, formulierte, der auch ein sehr enges persönliches Verhältnis zu H. C. Hansen hatte, während seine Beziehungen zum Vorgänger im Außenministerium, dem Konservativen Bjørn Kraft, unterkühlt waren. »Zu den glücklichen Zufällen der Geschichte gehörte es, daß die Frage der politischen Stellung der dänischen Minderheit zur gleichen Zeit aktuell wurde wie Dänemark über den deutschen NATO-Beitritt zu entscheiden hatte«, schrieb Svenningsen, der selbst dänischer Verhandlungsführer bei den Bonn-Kopenhagener Erklärungen war. Sozialdemokrat H. C. Hansen, der bei einem Heimatfest in Hjørring als Don Juan in Mozarts Oper eingespungen war und ein bravouroses Duett mit der königlichen Opernsängerin Ruth Goldack gesungen hatte, war in der

kommunistischen Tageszeitung »Land og Folk« in einer Karikatur zwar als »Don Juan in den Klauen der Mutter Germania« abgestempelt worden, aber H. C. Hansen hatte gesiegt: er hatte für die dänische Minderheit herausgeholt, was möglich war, und — was für ihn langfristig noch wichtiger war — er hatte die bilaterale Schleswig-Frage multilateral dadurch entschärft, daß Deutschland und Dänemark nun einem gemeinsamen Verteidigungsbündnis angehörten! Professor Troels Fink, selbst Mitglied der dänischen Verhandlungsdelegation 1955 und später auch als Generalkonsul in Flensburg außenpolitischer Berater der Kopenhagener Regierung, bezeichnete H. C. Hansen als »hervorragenden Taktiker, der sofort eine Situation dahingehend einschätzen konnte, welche Bedeutung sie für sein Land, für seine Partei und für seine politischen Gegner in der Opposition haben würde«.

Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen sind keine völkerrechtlichen Verträge, aber sie sind politisch-moralische Erklärungen, die beide Staaten gegenseitig für ihre jeweiligen Minderheiten abgegeben haben und die auch dazu beitragen haben, daß die Pariser Verträge am 5. Mai 1955 in Kraft treten konnten, so daß Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer damals erklären konnte: »Wir

stehen als Freie unter Freien in echter Partnerschaft.«

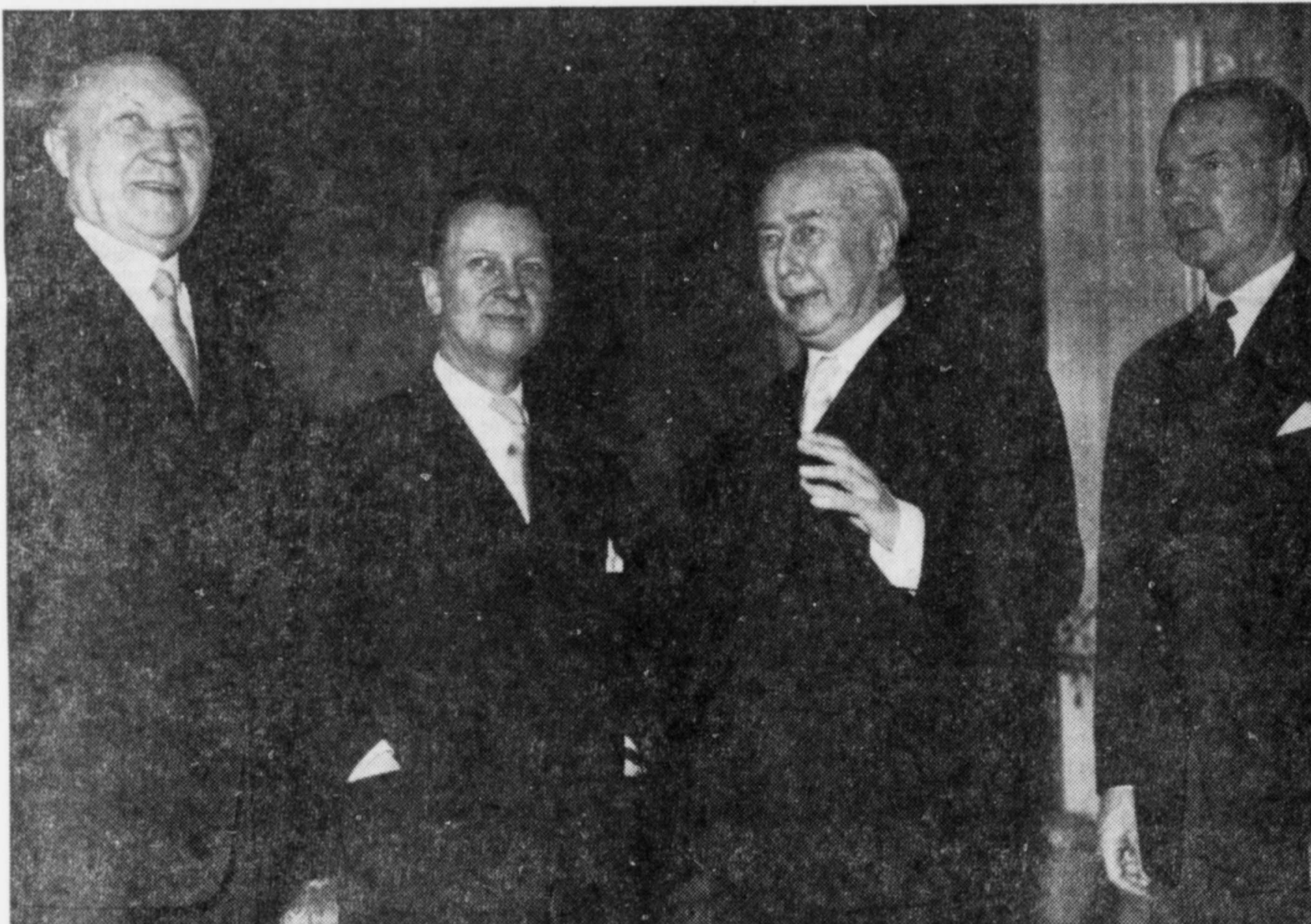
Noch 30 Jahre später sind die Bonn-Kopenhagener Erklärungen ein Eckpfeiler in den guten Beziehungen beider Länder, die noch durch die gemeinsame EG-Mitgliedschaft ausgebaut worden sind. Bei allen Problemen, die es noch südlich und nördlich der Grenze für beide Minderheit gibt, sollte man gerade vor dem Hintergrund der hier aufgezeichneten dänischen Diskussion nicht vergessen, daß — wie es der frühere Bundeskanzler Willy Brandt formulierte — sich heute »aus einer zunächst einseitigen Kulturpropaganda eine fruchtbare Konkurrenz zwischen deutschen und dänischen Einrichtungen auf kulturellem und auf sozialem Gebiet entwickelt hat«.

Und mit fast prophetischer Gabe erklärte der 1960 verstorbene H. C. Hansen, der als einer der großen sozialdemokratischen Führer und Staatsmänner in die dänische Geschichte eingegangen ist, bei der Folketingsdebatte über die Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955:

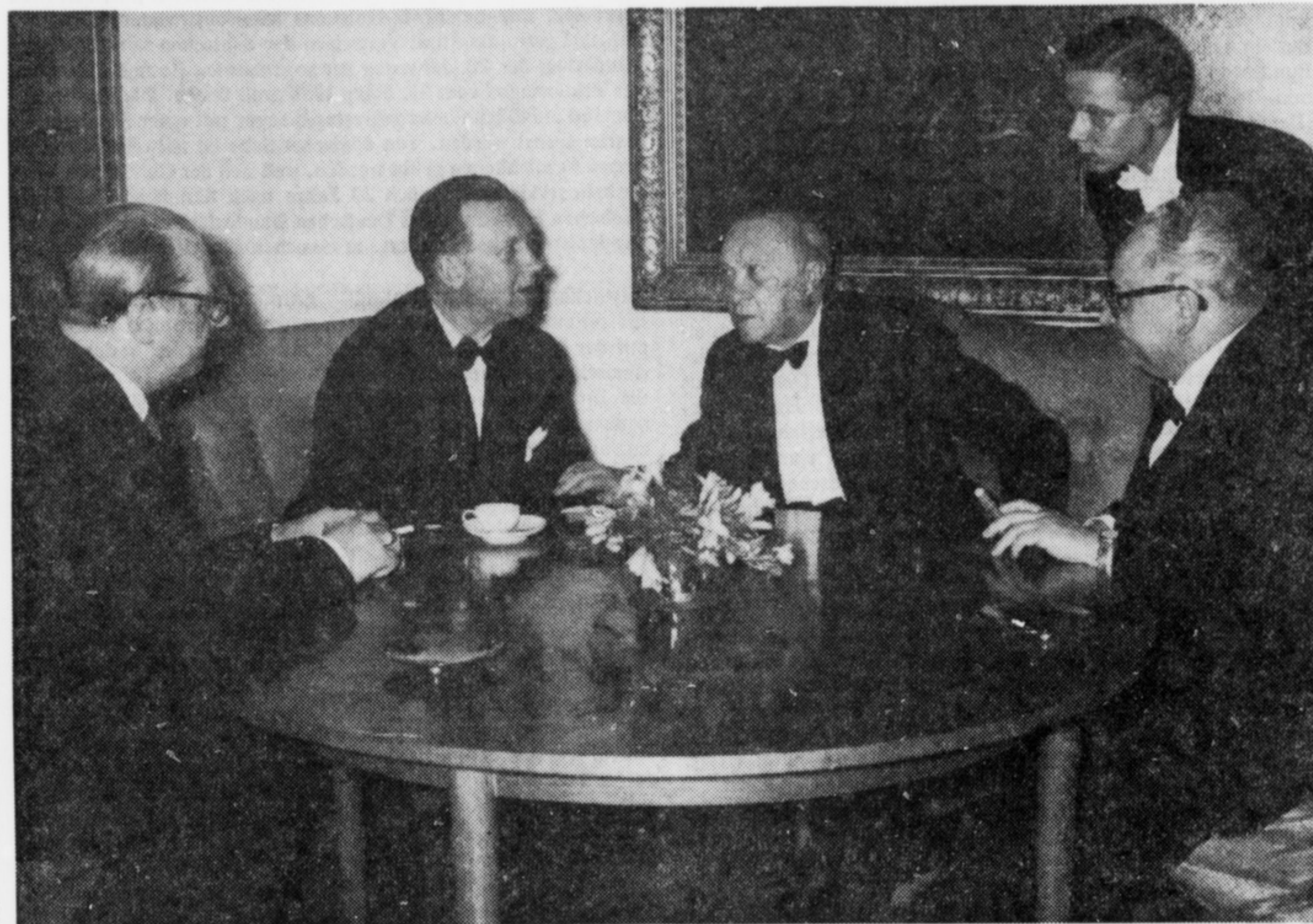
»Was erreicht worden ist, das ist ja keine vollständige, endgültige und durchgreifende Lösung aller Probleme des Grenzlandes. Wir sind uns aber darüber einig, daß wir ein Stück von praktischer europäischer Verständnispolitik gemacht haben.«

Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen

... in Bildern des Jahres 1955



BEIM GESPRÄCH IN BONN: Bundeskanzler Konrad Adenauer, Staatsminister H. C. Hansen, Bundespräsident Prof. Theodor Heuss und der dänische Botschafter Frants Hvass



GESPRÄCH AM RUNDEN TISCH: CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Heinrich von Brentano (später Bundesaußenminister), Staatsminister H. C. Hansen, Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) und Oppositionsführer Erich Ollenhauer (SPD) — v. l. n. r.



ANKUNFT AUF DEM FLUGHAFEN KÖLN-WAHN: Die Maschine, mit der H. C. Hansen nach Bonn flog, ist heute ein Museumsstück ...



DIE BEIDEN REGIERUNGSCHEFS H. C. Hansen (am Mikrophon) und Konrad Adenauer (rechts von Hansen) bei der Abgabe erster Erklärungen auf dem Flughafen